

unterzeichnete Christkind erklärt zunächst im Sinne der Enghlita Singulari quodam, daß die soziale Frage in erster Linie eine sittlich-religiöse Frage ist, und daß auch bei Angelegenheiten, die als „rein wirtschaftlich“ bezeichnet werden, oft sittliche Pflichten mit berührt und sittlich-religiöse Interessen häufig sehr in Mitleidenschaft gezogen werden. Zur Verkündung der sittlichen Normen dieser Interessen seien der Papst und die Bischöfe zuständig und verpflichtet.

Es wird kaum in bekannter Manier den katholischen Arbeitervereinen das höchste Lob, den Christen aber eine gewisse militantische „Duldung“ ausgesprochen:

Demgemäß wenden auch die Oberhirten der Däjäse-Deutschlands ausnahmslos ihre Liebe und Unterstützung den katholischen Standesvereinen, insbesondere den katholischen Arbeitervereinen zu, weil diese Vereine sowohl durch Zusammenfassung und Säkularisierung, wie durch ihren engeren Anschluß an die kirchliche Autorität am ehesten Gewähr dafür bieten, daß die katholischen Grundsätze voll zur Geltung kommen. Wo die katholischen Arbeitervereine, die zugleich den gewerkschaftlichen Interessen der arbeitenden Massen dienen, mit einem zum Schutze der wirtschaftlichen Interessen genügenden Erfolg eingeführt sind oder freilich eingeführt werden können, wäre es in keiner Weise zu billigen, daß katholische Arbeiter sich interkonfessionellen Gewerkschaften anschließen. Wo dies nicht der Fall ist, hat der Heilige Stuhl in wohlwollendster Berücksichtigung der kirchlichen und der allgemeinen Verhältnisse die Duldung und die Erlaubnis der Mitgliedschaft von Katholiken bei den in Deutschland bestehenden christlichen Gewerkschaften unter je- den besonderen Umständen abregeln ausgesprochen, die der Stellung und der Pflicht des kirchlichen Amtes entsprechen und daher jedem Katholiken als durch die Umstände geboten erscheinen müssen.

Diese Vorläufigmaßregeln sind folgende: An erster Stelle ist dafür zu sorgen, daß katholische Arbeiter, welche Mitglieder solcher Gewerkschaften sind, zugleich den katholischen Arbeitervereinen angehören. Ferner müssen die Gewerkschaften, damit Katholiken ihnen beitreten können, sich von allem fernhalten, was grundsätzlich oder tatsächlich mit den Lehren und Geboten der Kirche, wie mit den Vorschriften der zuständigen kirchlichen Obrigkeit im Einklang steht. Auch dürfen katholische Mitglieder, die Gewerkschaften angehören, niemals zulassen, daß dieselben, in der Sorge für die weltlichen Angelegenheiten der Mitglieder, sich durch Wort oder Tat irgend wie mit den vom obersten kirchlichen Lehramt verkündeten Vorschriften in Widerspruch setzen. Die Rundgebung ermahnt weiter an, daß dieselbe höchste Autorität, die solche Normen aufgestellt hat, zu deren authentischer Auslegung allein zuständig ist, die Entscheidung darüber, ob die Organisation sich in Widerspruch mit dem Sit- tungslehre der katholischen Kirche setzt, hat sich der Heilige Stuhl vorbehalten. Diese Frage soll daher nicht Gegenstand der Po- litik seitens katholischer Kreise werden. Indem die Rund- gebung alle Beteiligten ermahnt, für die Beobachtung der dar- gelegten Grundsätze tätig zu sein, versichert sie, daß der Heilige Vater sowohl wie die Unterzeichneten für ihre vielfachen Räte und Vorkämpfe das höchste Verständnis und die innigste Teil- nahme haben.

Daß diese Rundgebung in vollem Verständnis für die „Noe und Bedrängnisse“ der christlichen Gewerkschaften abgefaßt ist, merkt man auf den ersten Blick. Den Ver- stehen läßt es aber trotzdem ein leichtes sein, auch diese höchst- sündige Rundgebung gegen die Christen aus- zulegen. Denn wenn den katholischen Mitgliedern der Gewerkschaften von den Bischöfen gesagt wird, sie dürfen niemals zulassen, daß sich die Organisationen mit den Vorschriften des Papstes in Widerspruch setzen, so werden die Berliner darauf hinweisen, daß die Hal- tung der christlichen Gewerkschaften tatsächlich in schär- ftem Widerspruch zu diesen Vorschriften steht.

Der Papst will, daß sich die katholischen Arbeiter auch in wirtschaftlichen Fragen nach der Kirche richten; die Ge- werkschaftsführer aber sagen: in wirtschaftlichen Dingen lassen wir uns von der Kirche nichts kreimreden. Eine Verdingung die er einander schroff widerprechenden Stand- punkte ist gar nicht möglich; entweder muß die Kirche vor den christlichen Gewerkschaften einen Rückzug antreten, oder die christlichen Gewerkschaften müssen sich der Kirche unter- werfen.

Sturmflut.

Roman von Friedrich Spielhagen

(Nachdruck verboten.)

„Ich bitte um Entschuldigung; also Herr Philipp Schmidt, zu dem Sie sich begaben.“

„Ist der Entrepreneur der Berlin-Sundbäcker Bahn, der auch unsere Bahn bauen wird, ein sonst kulantler, leidlicher und im- mers reicher Mann. Zuverlässiger Empfehlung, wie ich er- wartete, Versicherung über Versicherung, mir gefällig sein zu wollen, aber — er habe sein Geld in allen möglichen Unter- nehmungen engagiert, sein neues Haus koste ihn horribile Sum- men, müße sich zur Übernahme unserer Bahn flott erhalten und — das Ende vom Liede: kaum bessere Bedingungen, als die des Lübbener. Da haben Sie die Leichtigkeit, mit der ich die halbe Million aufbringen werde, die Sie als Anzahlung fordern!“

Der Graf drehte an seinem blonden Schnurrbart, seine wasserblauen Augen strahlten zornig auf Giraldi; er wollte sich erheben, blieb aber, von einer leise beschwichtigenden Bewegung, die jener mit seiner weißen Hand machte, wie gebannt, in sei- nem Stuhle sitzen.

„Ich bitte ebenfalls um Verzeihung“, sagte Giraldi; — ich meine gestern deutlich genug gemeint zu sein; ich hatte nicht gedacht, daß deutsche Ehren — ich will gewiß nicht sagen schwere, aber anders hören als italienische; ich würde Ihnen jetzt einen schlimmen Morgen erpart haben. Oder was wäre für einen Edelmann schämlicher, als mit verschämten Gelbmen- schen verhandeln zu müssen, noch dazu, wenn diese Menschen, wie ganz augenscheinlich, unter einer Decke ständen. Ich hoffe, Sie werden bei uns dieser und jener anderen Unannehmlichkeit überhoben sein.“

„Bei uns? bei Ihnen?“ fragte der Graf im höchsten Er- staunen.

„Ich muß schon wieder uns und wir sagen“, erwiderte Giraldi lächelnd; denn wenn ich auch für mein Teil nur der Verwalter gewesen bin, so hätten doch in fünfundsiebenzig Jahren die Ersparnisse einer Heerde von zehntausend Tälern ohne eine — wie soll ich sagen? — in Spekulationen glückliche Hand — in diesen beiden letzten Jahren lag das Geld freilich auf der Straße — nicht zu einer so großen Summe anzuwaschen können, welche ich im Namen der Frau Baronin dem Herrn Grafen hiermit offeriere.“

Der Graf starrte Giraldi an; aber die kühlen Augen des Mannes glänzten so ruhig wie vorher; es konnte kein Irrtum der Sache sein.

„Im Namen der Frau Baronin?“

„Denn es Ihnen gefällt.“

„Die ganze halbe Million?“

Kopp will kämpfen, der „berauschte Westen“ will nach- geben, die Spaltung im deutschen Episkopat wird damit deutlicher, denn beide Teile berufen sich auf Rom, das dauernd schweigend. Es handelt sich aber auch um eine schwere Entscheidung.

Neue Rundgebungen Stegerwalds.

Am Freitag abend lagte in Köln eine von den christlichen Gewerkschaften gegen die „Querstreifer“ veranstaltete Volksver- sammlung, in der Herr Stegerwald, der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, zum ersten Male nach dem Briefe Kopp's an Oppersdorf das Wort ergriff. Er meinte, es sei über- haupt jetzt nichts mehr Neues zu sagen. Auch der Rücktritt Kopp's von der Essener Interpretation sei „nicht wesentlich“; Kopp sei ja immer ein Gegner der christlichen Gewerkschaften gewesen. Sein Brief habe ihm (Stegerwald) gar keine Kopf- schmerzen gemacht. Die Streitfrage drehe sich jetzt um die Zukunftsaussichten der christlichen Gewerkschaften, an denen Staat, Kirche und politische Parteien, nicht bloß das Zentrum, im gleichen Maße interessiert seien. Schließlich meinte er: „Die christlichen Gewerkschaften beanspruchen bei ihrer Vervielfältigung ihrer wirtschaftlichen Interessen die gleiche Be- wegungsfreiheit wie alle gleichartigen Organisationen der übrigen Stände. Der Streit drehe sich um die Art des Einflusses der kirchlichen Instanzen auf nicht rein kirch- liche Angelegenheiten.“ Eine Entschleunigung, die endlich „Ruhe im katholischen Deutschland“ verlangt, wurde einstimmig angenommen.

Mit dieser neuen Erklärung hat sich Herr Stegerwald in Widerspruch gesetzt mit der neuen Rundgebung der Bischöfe Westdeutschlands, worin es ausdrücklich heißt, daß die kirchliche Autorität eben auch das Aufsichtsrecht in wirtschaftlichen Fragen habe. Darüber kann Herr Stegerwald durch seine schönen Interpretationen mehr hinweg- kommen.

Am übrigen wird anscheinend der ganze Streit noch einmal an Gerichtsstelle zur Erörterung kommen. Den An- geklagten des Kölner Gewerkschaftsprozesses ist die Mitteilung zugegangen, daß gegen das Urteil vom Dezember 1912 von den Klägern Berufung eingelegt worden sei. Das ist durchaus erfreulich; denn der Brief Kopp's und die neueste Rundgebung der Bischöfe muß zu einer anderen, den Ange- klagten günstigeren Formulierung des damaligen Urteils führen.

Politische Uebersicht.

Am die Volksversicherung.

Seitdem die Gewerkschaften und Genossenschaften die Volksfürsorge gegründet haben, um der Arbeiterschaft eine Versicherungsanstalt zur Verfügung zu stellen, die wirklich der Versicherten wegen da ist, hat ein heftiger Kampf gegen diese Institution eingesetzt. Uneigennützig ist dieser Kampf allerdings nicht. Denn die Gegner sind entweder private Erwerbsgesellschaften, die in ihrer grenzenlosen Ausbeutung der Bevölkerung eine unerwartete Hemmung gefunden haben, oder die öffentlich-rechtlichen Versicherungs- anstalten, denen die Konkurrenz gleichfalls unangenehm ist, oder aber endlich die von den christlichen Gewerkschaften und verwandten Organisationen geschaffene Anstalt. Das Thema, das von all diesen sehr interessierten Kämpfern in allen Tonarten battiert worden ist, war immer der ange- geblich sozialdemokratische Charakter der „Volksfürsorge“ und ihre angeblich sozialdemokratischen Parteizwecke. Die Debatte über den Etat des Aufsichtsamts für Privat-Ver- sicherung im Reichstage konnte an dieser Erscheinung nicht vorbeigehen. Zuerst nahm Genosse Lindenbrand das Wort.

Unser Redner hatte ein reichhaltiges und überzeugendes Material zusammengestellt, und es gelang ihm, eine

präzise Darstellung der wirklichen Verhältnisse zu geben, und so eine höchst wertvolle Charakteristik zu entwerfen von dem Kampfe, den alle Staatsbehörden gegen die „Volksfürsorge“ führen. Er zeigte zunächst, aus welchen Gründen Gewerkschaften und Genossenschaften den Plan der „Volksfürsorge“ gefaßt haben, und wie ihre Erwartung, bei einer so gemeinnützigen Unternehmung die Unter- stützung der Regierung zu finden, enttäuscht worden ist. Der Versuch allerdings, durch offene Rechtsbeugung die neue Einrichtung nicht genehmigen zu lassen, ist beim Reichsamte des Innern gescheitert. Aber nach der Geneh- migung ist der Kampf weiter gegangen, von dem Genoss- schaftsbund nun eine höchst anschauliche und lehrreiche Schilderung entwarf. Besonders interessant war die Kenn- zeichnung des Vorgehens des Herrn Kopp, der als Be- auftragter der öffentlich-rechtlichen Anstalten einen wirt- lichen Felzbau einleitete, ohne daß die Möglichkeit gegeben worden sei, ihn zum Beweise für seine Behauptungen zu zwingen. Unter Hinweis auf Bestimmungen aus dem Jahre 1847 und 1854 wurde nämlich die Klage der „Volksfürsorge“ von vornherein abgewiesen: die „Alle der Staatshöflichkeit“ waren derselbe Vorwand, den Herr von Zagom neuerlich zu Gunsten der Offiziere von Zabern geltend gemacht hat. Als unser Redner in diesem Zusammen- hang die Begünstigung solcher Kreise durch den preussischen Landwirtschaftsminister kritisierte, wurde er zwar zur Ordnung gerufen, aber seine Kritik mochte einen großen Eindruck auf das ganze Haus. Der Ministerial- direktor Dr. Caspar Schiede schleunigst einen seiner Räte, um den Staatssekretär in den Saal zu rufen.

Das ebenso originelle, wie für den Geist der Gegner kennzeichnende juristische Problem, das im Laufe der De- batte erwähnt worden war, wurde dann noch vom Ge- nossen Heine untersucht. Unser Redner hatte keine Mühe, nachzuweisen, wie unmöglich die Erhebung des Konflikts in einem solchen Falle ist; aber er legte besonderen Wert darauf, zu zeigen, daß mit der Erhebung des Konflikts die Behörde auch materiell für den Beselbiger Stellung nimmt. Die Ausführungen unseres Genossen wurden im ganzen Hause mit großer Aufmerksamkeit angehört, nam- entlich als er auf die Vorwürfe näher einging, die den vermeintlich politischen Charakter der „Volksfürsorge“ be- trafen. Die Zuhler drängten sich zwar ein wenig auf, als er ihnen vorführte, daß ihre öffentlich-rechtlichen In- stitutionen viel eher politisch wirksam sind, und daß sie die „Volksfürsorge“ schließlich deshalb so verabscheuen, weil sie es den Arbeitern ermöglicht, sich der Ausbeutung zu entziehen.

Das Zentrum und die katholischen Arbeiter.

Im bayerischen Landtagswahlkreise Amberg hat wegen Verödung des bisherigen ultramontanen Mandatsinhabers eine Nachwahl stattgefunden. Obwohl der Arbeiterverein der Zentrumspartei gefordert hatte, dieses sichere Mandat müsse ein christlicher Arbeiterführer erhalten, hat die Vertrauens- männerversammlung im Wahlkreise Amberg einen jungen 27-jährigen Fabrikbesitzer als Kandidaten aufgestellt. Das Organ der katholischen Arbeitervereine erhebt nun dagegen Einspruch und deutet an, daß zehn Arbeiter in der Vertrauensmännerversammlung darüber majorisiert worden seien, daß bürgerliche Vertrauensmänner auch gleich ihre Stellvertreter mitgebracht hätten. Das Blatt sagt weiter:

„Kein gerechtfertigter Parteifreund wird verlangen können oder wollen, daß die Amberg'er Arbeiterschaft den auf solche Weise erklärten Kandidaten als offiziellen anerkennt und für ihn abstimmt. Was die Arbeiterschaft in Amberg verlangt, ist nichts anderes als eine Forderung, die sich aus der Gleichbe- rechtigung mit den anderen Ständen ergibt, und wir warnen gewisse Kreise nachdrücklichst davor, in allzu selbstbewußter Stimmung den Klassenkampf praktisch zu betätigen. Unsere alterproben Freunde im Amberg bitten wir, kaltes Blut zu be- wahren. Daß sie in der Lage wären, die Entscheidung einer derart vorbereitenden und beeinflussenden Vertrauensmännerver- sammlung anzuerkennen, hatten allerdings auch wir für aus- geschlossen. Das verbietet die Selbstachtung und die von uns oft genug bewiesene Disziplin. Wir hoffen, daß man in Am-“

zwei Millionen auf keinen Fall loschlagen — an das Konfor- tium verlaßt haben. Und nun, Herr Graf, wenn es Ihnen recht ist, erlauben Sie mir, Sie bei der Frau Baronin einzu- führen, die darauf brennt, Sie kennen zu lernen, wie Sie, denke ich, glücklich sein werden, die Bekanntschaft einer Dame zu machen, welche man nicht kennen kann, ohne sie zu lieben und zu verehren.“

Giraldi hatte sich erhoben, der Graf stand verlegen und un- entschlossen.

„Sie können sich denken, daß mir das in Aussicht ge- stellte Glück nach meinem ganzen Werte zu schätzen weiß; — indessen — Ihr Kammerdiener — es ist eine größere Gesell- schaft — beinahe die ganze Familie — im Salon — ich muß fürchten, gerade in diesem Augenblicke als ein Fremder und Ein- dringling zu erscheinen.“

„Und wenn nun“, erwiderte Giraldi, „die Frau Baronin gerade ihrer Familie gegenüber der Freundschaft angehender und erlebter Männer bedürfte; wenn sie den höchsten Wert dar- auf legte, zu zeigen, daß, wozu sie auch kommt, vom ersten Augenblicke an ihr die Freundschaft der Angehörigen und Er- lebnsten gelte?“

„Gehen wir!“ rief der Graf.

„Nach ein Wort!“ sagte Giraldi.

Im den bis dahin so ruhig glänzenden Augen des Na- turers brante ein tiefes Feuer; dem Grafen stockte der Atem; er hatte das unbestimmte Gefühl, daß er die Lösung des Rätsels, vor welchem er trotz alledem noch immer stand, jetzt erhalten werde.

„Und wenn nun“, fuhr Giraldi langsam, als ob er jede Silbe abwäge, fort, — „der Herr Graf verstehen möchte, daß die Frau Baronin seine Freundschaft nicht mit einer geschäft- lichen Gefälligkeit erkaufen zu können glaubt; vielmehr aber da- durch, daß sie ihren ganzen Einfluß für ihn ausbietet, im Falle er den Wunsch hat, den Vorwurf, als ein Fremder und Ein- dringling in der Familie zu erscheinen, ein für alle Mal un- möglich zu machen — ich brauche nicht weiter zu sprechen, wenn der Herr Graf mich versteht, und ich darf nicht weiter sprechen, wenn er mich noch nicht verstanden hat.“

Dem Grafen schob das Blut in das Gesicht. „Wenn er es wagt, Sie zu verstehen!“ rief er, die Hand des Natures ergreifend und heftig drückend — „wenn er es wagt!“

„Das wäre meine geringste Sorge“, erwiderte Giraldi mit seinem Lächeln; „ich habe aber weder diese, noch irgend eine andere. Nur daß die Vorsicht nicht dem Mut Sand in Sand gebe und daß der Herr Graf auch in dieser delikaten Angelegenheit der Erfahrung und der Menschkenntnis des älteren Mannes freundschaftlich vertraue.“

„Ich werde keinen Schritt tun ohne Sie, keinen Schritt.“ (Fortsetzung folgt.)

„Da uns — ich meine diesmal den Familienrat — zur besseren Regulierung der Erbschaft die Anzahlung der halben Kaufsumme auf einem Dreier notwendig scheint.“

„Und die Bedingungen?“ fragte der Graf nach einer klei- nen Pause mit etwas unsicherer Stimme.

Giraldi schickte sich den dunklen Bart.

„Wir haben, außer einer besonderen Bedingung, eigentlich keine; denn die Eintragung der Schuld als erste Hypothek auf die, wie der Herr Graf weiß, schuldenfreien Güter — neben- bei zu dem niedrigen Zinsfuß von vier Prozent — ist nicht inwieweit eine Bedingung, als selbstverständliche Sicherheit, die der Herr Graf uns —“

„Genieß, genieß“, sagte der Graf, „ganz selbstverständlich — und die besondere Bedingung?“

„Daß der Herr Graf sich mit seinem Ehrenwort verpflich- tet, gegen niemand, es sei, wer es sei, zu sagen, oder auch nur anzudeuten, von wem er das Geld hat.“

Giraldi streckte mit einem anmutigen Lächeln seine Hand aus: „Es ist eine Freundschaft, keine Bucherhand, die wir Ihnen reichen.“

Der Graf schämte sich seines momentanen Jähzorns: „Hier haben Sie meine Hand und mein Ehrenwort!“ rief er, seine Hand in die des Italiener's legend: „gegen niemand!“

Auch nicht gegen die Frau Baronin, fuhr Giraldi fort; sie will durchaus unbeteiligt, das heißt unbefangen sein — der Herr Graf werden diese Frauen-Parthei, um nicht zu sagen: Schwäche, begreiflich finden.“

„Vollkommen“, sagte der Graf.

„Nicht einmal ihr Name — das ist ihr dringender Wunsch — darf in der ganzen Transaktion vorkommen; und so muß denn auch die Hypothek auf meinen Namen eingetragen werden.“

Der Herr Graf ist damit einverstanden?“

„Aber ich bitte Sie!“ sagte der Graf.

Giraldi ließ die Hand, die er bis dahin festgehalten, mit einem freundschaftlichen Druck los und lehnte sich in seinen Stuhl zurück.

„So wären wir also d'accord“, sagte er; ich meinerseits habe mich glücklich, einen Edelmann, dessen Intelligenz und Energie meine ganze Sympathie gewonnen hatten noch bevor mir das Bild seiner lebenswürdigen persönlichen Bekann- tschaft zuteil wurde, aus den unfaulderen Händen dieser Re- stitutions erlöset und in eine Lage gebracht zu haben, die ihm, wie mir scheint, in der ganzen Angelegenheit die dominierende Haltung gibt, welche ihm in jeder Weise gebührt. Ich wenig- stens sehe keinen Weg ganz frei. Die zweite Hälfte der Kauf- summe, da Sie uns vorläufig den ersten März als Termin festhalten — ich sage: die zweite Hälfte aufzubringen, kann ja nicht die geringsten Schwierigkeiten machen, da Sie bis dahin längst die Güter für den doppelten Preis — Sie dürfen unter

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. Februar.

Auswahlwahl der Schneiderklasse!

Der Ausschuss der Ortskrankenkasse für das Schneidergewerbe in Breslau wird Mittwoch, den 18. Februar, von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends im Vincenzhause, Seminargasse 1, gewählt.

Da in dieser Klasse in den letzten drei Jahren die Christlichen im Ruber waren, wird hier der Kampf ganz besonders heftig entbrennen. Die Partei- und Gewerkschaftsangehörigen, deren Frauen oder sonstige Familienangehörige vielfach Mitglieder dieser Klasse sind, werden deshalb ersucht, diese auf die Wahl aufmerksam zu machen und zur Stimmenabgabe zu veranlassen.

Jedes 21 Jahre alte Klassenmitglied ist wahlberechtigt. Als Ausweis dient die Mitgliedskarte oder eine Bescheinigung des Arbeitgebers. Es ist dringend nötig, möglichst schon in den Mittagsstunden zu wählen, weil abends viel Andrang zu erwarten ist. Stimmgastel sind am Wahllokal zu haben.

Gewählt wird die Liste der freien Gewerkschaften und des Gewerksvereins S. D. Nr. 2, beginnend mit dem Namen Rudolf Rudzicka. Die Wahl ist geheim.

Der zweite Sonntag nach der Aussperrung.

Wir haben wiederholt mitgeteilt, daß die Breslauer Polizei seit in den Tagen der Aussperrung bei Ante-Kosmann die Nikolaiviertel und Rybicki stark besetzt hat. Zwar ist das wegen der Tausende von Streikenden und Aussperrten durchaus nicht nötig, denn die verhalten sich musterhaft ruhig und können, was auch ihre Gegner und Feinde anerkennen müssen, hier bei uns in Breslau ist es einmal so.

Wo ein Streik oder eine Aussperrung ausbricht, da steht man stets viel Schaulustige, die sich mehr als langweilen, weil es nicht geht zu tun haben. So war es auch am gestrigen Sonntag. In der jungen Schöpfung, wo sonst die Schaulustigen zum Entdecken sind, ein Doppelposten nach dem anderen, nicht verständlich auch mit Lederkorn und Revolver, wie in Feindesland. Noch abends gegen 6 Uhr standen auf dem Striegauer Platz zwei schwer bewaffnete Schaulustige.

Doch die Streikenden und Aussperrten denken gar nicht daran, der Polizei irgend welche Arbeit zu machen; sie nützen vielmehr den schönen Sonntag geistig und gingen vor allem ins Freie, wo das erste Frühlingssonne recht deutlich zu spüren war. Indessen blieben die Arbeitswilligen wohlwahrhaft in den Zusperrhäusern der Werke und huschten nur in kleinen Trupps von Zeit zu Zeit aus ihrem Versteck heraus. Die Aussperrten sind frohen Mutes, halten tapfer aus und hoffen auf einen baldigen Sieg.

Zum Kampf gegen die Lungenschwindsucht.

Der hiesige Polizeipräsident erläßt wiederholt folgende Bekanntmachung:

Auf die Notwendigkeit einer ordnungsmäßigen Wohnungsentwässerung beim Verziehen eines Schwindsüchtigen in eine andere Wohnung ist wiederholt hingewiesen. Vielfach unterbleiben entsprechende Anträge offenbar lediglich wegen der Kostenfrage. Der Magistrat hier hat sich nun bereit erklärt, den von polizeilicher, von privater oder von Vereinsseite an ihn oder das städtische Entseuchungsamt herangetragenen Wünschen auf Ausföhrung der Entwässerung bei Wohnungswechsel und auf Befreiung von den Kosten im weitestem Umfange stattzugeben.

Gebührenfreiheit tritt ein, wenn der bisherige Inhaber der entwässerten Wohnung ein Einkommen von weniger als 1500 Mk. zur Staatseinkommensteuer versteuert.

Wir fügen hinzu, wer ein jährliches Einkommen von nicht mehr als 1500 Mk. versteuert, braucht nach der städtischen Gebührenordnung vom 15. Januar 1904 für das Desinfizieren seiner Wohnung nichts zahlen. Werden trotzdem die Gebühren verlangt, so ist beim Magistrat sofort Einspruch zu erheben.

Es riecht nicht . . .

Unsere liebe Schwester, die „Schlesische Zeitung“, macht ein bißchen in Altenglisch und Antifeminismus. Gar oft kann man in ihrem politischen oder wirtschaftlichen Teil flammende Artikel über die Verderbnis der jüdischen Rasse oder die Schönheit der deutschen Sprache finden, wahre Blumen aus einem teingermanischen Paradies. Im Interatentell sieht es freilich etwas anders aus. Das ist der Küchengarten, der Korn Erben nähren soll. Da fragt man nicht, ob das Gewächs schon riecht oder angenehm fürs Auge ist, nein, etwas einbringen soll der Krain. Und so finden wir denn sehr oft, statt des braven deutschen Kobls die englische Mischung im trauten Verein mit jüdischen Knoblauch angebaut. Etwa so:

LONDON

32, Queen Victoria Street, E. C. Dr. jur. Maurice Dreyfus Gorman Advocate.

Ein niedliches kleines Beetchen, das dem Obergärtner der Kornischen Interatentanlage alle Ehre macht. Seine Herren werden sich vom Erlös dieser Frucht ein gutes Mittagessen kaufen, um nachher desto kräftiger germanisch rülpsen zu können.

Die Arbeiter-Sanitarier, hielten am 4. Februar im Gewerkschaftshause ihre Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht ist ersichtlich, daß ein weiterer Ausbau der Kolonne angestrebt wird. Es wurden 2 größere Wohnungen ausgeführt. Ruppel 2 Besichtigungen wurden noch Vorträge der Herren Dr. Weber und Dr. Ritter gehalten. Die Kolonne zählt 27 Mitglieder und stellt 161 Wachen mit 688 Hülfsleistungen. Der Kassenbestand beträgt 142,04 Mark, der Materialwert 71,60 Mark. In den Vorstand wurden gewählt die Genossen Kötz und Seidel als Vorsitzende, Flebia als Kassierer, Koblach als Schriftführer, Suchy als Kolonnenführer, Müller und Scholz als Materialverwalter, Frau Gerwig als Beisitzerin, Genossen Schäfer, Jaraß und Schäfer als Revisoren.

Die Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins

Breslau werden wiederholt auf die Vertreter-Versammlung hingewiesen, die Donnerstag, den 19. Februar, im großen Saale des Gewerkschaftshauses abgehalten wird. Es handelt sich um die Abrechnung über das 3. Vierteljahr, worauf ein Vortrag des Genossen Ders folgt über die Religion als Privatsache. In letzter Zeit ist darüber in Parteitreffen oft geredet und geschrieben worden, weshalb eine Beiprechung der überaus wichtigen Frage auch hier von vielen Genossen gewünscht wurde. Die Mitglieder werden gewiß zahlreich zur Stelle sein.

Heute Frauenabend

des sozialdemokratischen Vereins Breslau in folgenden Lokalen:

- Milde, Gröbchenstraße 74, Seinge, Leuthenstraße 12/14, Sering, Deirichstraße 5, Fischer, Michaelisstraße 26, Gewerkschaftshaus, Zimmer 10, Zeuthner, Dübenstraße 50.

Die Mitgliederbücher und Lieberbücher sind mitzubringen. Genossinnen, in diesen Versammlungen habt Ihr reichlich Gelegenheit, Euch über wichtige Dinge auszuspochen und aufzuklären. Besucht also Frauenabend!

Achtung, Militärpflichtige.

Das Musterungsgeschäft der Ersatzkommission I im Stadtkreis Breslau wird vom 23. Februar bis 8. April 1914 im Lokal „Sanskjowek“, Mehlstraße 11, abgehalten. In der amtlichen Bekanntmachung der Ersatzkommission heißt es darüber:

Zur Erstellung vor dieser Kommission sind verpflichtet alle Militärpflichtigen, die sich in diesem Jahre zur Musterungs-Stammrolle anzumelden hatten und deren Innamen mit den Nachnamen A bis einschließlich N beginnen, und zwar: 1. diejenigen, welche in den Jahren 1892, 1893 und 1894 geboren sind;

2. diejenigen, welche direkten Vorfahren angehören, die jetzt oder wieder ihrer Militärpflicht genügt haben, noch von einer Ober-Ersatzkommission als dauernd untauglich zum Militärdienst anerkannt oder dem Austritt aus dem Aufgebots und der Ersatz-Reserve überwiegen worden sind.

Die hier bezeichneten Militärpflichtigen haben den ihnen zugehenden Vorladungen pünktlich Folge zu leisten und gleichzeitig ihre Ausweispapiere, Verladung, Lösungsschein resp. Stammbesandlungen Geburtschein mit zur Stelle zu bringen. Bestimmungspflichtige, die ihre Wohnung gewechselt, und deren Vorladungen nicht zugeht sind, haben sich vor Beginn des Musterungsgeschäfts in dem Militärbüro des Polizeipräsidiums, Rosenhofsstraße Nr. 11/13, I, zu melden. Während der Dauer des Ersatzgeschäftes werden die Meldungen in der Musterungskommission, Mehlstraße Nr. 11, innerhalb der Nachmittags-Stunden (4-6 Uhr) entgegengenommen.

Diejenigen Militärpflichtigen, welche sich im Besitz des Berechtigungscheines zum einjährig-prekauten Militärdienst befinden und in dem Zustand erhalten haben, sind von der Musterung entbunden.

Diejenigen schiffahrttreibenden Militärpflichtigen, welche hier gestellungspflichtig sind, und ohne erhebliche Störung in der Ausübung ihres Berufes an der Frühjahrs-Musterung nicht teilnehmen können, haben die Befreiung von der Bestellung nachzusuchen und sich dafür zur Schiffer-Musterung zu stellen.

Anträge auf Zurückstellung oder Befreiung vom Militärdienst (Reklamationen) müssen vor dem Musterungsgeschäft, spätestens im Musterungstermin, angebracht werden. Später eingehende Anträge können nicht Berücksichtigung finden; es sei denn, daß die Umstände, welche die Reklamation begründen, erst nach jener Zeit eingetreten sind. Wenn die Eltern der Reklamierten hier wohnen, so haben sie sich an den Gestellungstagen ihrer Ehne in den Musterungskammern einzufinden.

Jeder Militärpflichtige darf sich im Musterungstermin freiwillig zum Dienstantritt melden.

Wer nicht pünktlich zur Musterung erscheint oder ganz ausbleibt, wird gerichtlich mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen belegt. Wer sich böswillig der Bestellung entzieht, wird als untauglicher Dienstpflichtiger behandelt. Er kann außerterminlich gemustert und sofort zum Dienst eingestuft werden.

Endlich wird noch darauf hingewiesen, daß die bei der Musterung als dauernd untauglich, zum Landsturm solche zur Ersatzreserve vorgemusterten und die als brauchbar befundenen Militärpflichtigen sich der Ober-Ersatz-Kommission bei dem diesjährigen Musterungsgeschäft behufs endgültiger Entscheidung über das Militärverhältnis vorstellen müssen.

Verkauf städtischer Grundstücke. Im Oberbureau am Weidenbamm 32 und 34/38 will der Magistrat Grundstücke von zusammen 1841 und 688 Quadratmetern für 1000 Mark und 360 Mark an den Privatier Eiharnde und an den Ruberverein „Bratistawia“ verkaufen. Im Jahre 1912 wurden vom städtischen Teil des Grundstückes Weidenbamm 34/38 an Herrn Eiharnde bereits 4424 Quadratmeter verkauft. Der Magistrat hält es für vorteilhaft, daß über die Eigentumsverhältnisse des ganzen Vorlandes der Grundstücke am Weidenbamm Klarheit geschaffen wird.

Zugelassene Ersatzliste. Die Kranken- und Sterbekasse für Saffirer, Repun in Breslau ist nach einer Bekanntmachung des Reichsversicherungsamts als Ersatzliste zugelassen worden.

Das Ende der Inventur- oder Saison-Ausverkäufe. Laut Verordnung des Regierungspräsidenten vom 10. November 1911 sind Inventur- oder Saisonausverkäufe nur in der Zeit vom 2. Januar bis 15. Februar oder 15. Juni bis 31. Juli zulässig. Die jetzigen Ankündigungen eines Inventur- oder Saisonausverkaufs müssen also spätestens am 15. Februar entfernt sein, da sich sonst die Inhaber der Geschäfte strafbar machen.

In Konturs geraten ist am 6. Februar das Fräulein Helene Gerhardt, Inhaberin des Obst- und Süßfruchtgeschäfts Carl Gerhardt in Breslau, Markstraße Nr. 48/49. Verwalter: Kaufmann Julius Baer, Telegraphenstraße 6.

Zwangweise versteigert werden demnächst vom hiesigen Amtsgericht folgende Grundstücke: Schleiermacherstraße 24 am 23. März, Bohrauerstraße 100 ebenfalls an diesem Tage.

Eine Stiftung für Arme, Kranke und Notleidende. Die in Breslau gestorbene veritwittete Stättermeyerin Frau Ernestine Eichenicher hat der Stadt Breslau 20.000 Mark vermacht mit der Bestimmung, die Zinsen an die vom Magistrat bezeichneten Armen, Kranken und Notleidenden Breslaus zu zahlen, und zwar in Einzelbeträgen von nicht weniger als 50 Mark. Der Magistrat ersucht die Stadtverordnetenversammlung, die Stiftung anzunehmen.

Das zweite der großen Volkstouren im Zirkelverder, die ja bekanntlich auch weniger bemittelten Kreisen den Genuß guter Musik für billiges Geld ermöglichen sollen, findet am Montag, den 23. Februar, abends 8 Uhr, statt. Billets sind in der „Volkswacht“ zu haben.

Zwangsversteigerungen. Vom Amtsgericht in Breslau wurden in den letzten Tagen folgende Grundstücke zwangsweise versteigert: Kaiserstraße 84/86 mit 1162 Quadratmeter Umfang und 8800 Mark jährlichem Gebäudeverrentungswert. Der gemeine Wert des Grundstücks beträgt 144.000 Mark. Weißbielender war der Meistbietende in Breslau auf das Gebot von 143.000 Mark. Augustastrasse 135, mit 756 Quadratmeter Flächeninhalt und 8000 Mark Gebäudeverrentungswert im Jahre. Der gemeine Wert des Grundstücks beträgt 128.000 Mark. Weißbielender war Meistbietender in Breslau auf das Gebot von 107.000 Mark. Michaelisstraße 35/37 und Schleiermacherstraße 24, mit 458 Quadratmeter Umfang und 8300 Mark jährlichem Gebäudeverrentungswert. Der gemeine Wert des Grundstücks beträgt 81.000 Mark. Weißbielender blieb Meistbietender in Breslau auf das Gebot von 100.100 Mark. Schleiermacherstraße 8, mit 457 Quadratmeter Umfang und 6200 Mark Wert im Jahre. Der gemeine Wert des Grundstücks beträgt 81.000 Mark. Weißbielendes war Kaufmann, Major Kirchstein in Breslau auf das Gebot von 72.000 Mark. Rahbadstraße 4, mit 452 Quadratmeter Flächeninhalt und 4630 Mark jährlichem Gebäudeverrentungswert. Der gemeine Wert des Grundstücks beträgt 82.000 Mark. Das höchste Gebot (60.700 Mark) wurde von Frau Rosa Bergmann in Breslau abgegeben.

Anfall im städtischen Handelshaus. Am Sonntag, kurz vor 9 Uhr abends, fiel dem im Hafen beschäftigten Arbeiter Koplich eine schwere Eisenkugel auf einen Fuß, wobei dieser schwer verletzt wurde. Der Verunglückte mußte ins Albertshospital geschafft werden.

Selbstmordversuch. Am Sonntag, kurz vor 8 1/2 Uhr abends, wurde der Schlossermeister Alfons Köhler im Betriebe des „Schlesischen Volksheimes“ betrieblös aufgefunden. Er hatte sich in einen Nebenummurmur hineingezogen und dort ein Gasrohr geöffnet, um sich zu vergiften. Durch den starken Gasgeruch aufmerksam geworden, wurde er bald von Angehörigen aufgefunden und aus dem wüsten mit Gas gefüllten Räume gebracht. Sanitätsleute der Feuerwehr, die sofort herbeigerufen wurden, stellten Wiederbelebungsvorkehrungen mit dem Sauerstoffapparat an, die auch von Erfolg gekrönt wurden. Der Vergiftete wurde ins Albertshospital geschafft.

Von der Treppe gestürzt. In der Nacht zum Sonntag stürzte im Zwingergebäude am Zwingerviertel der Haushälter Gustav Ulrich durch Rutsch von der Treppe ab. Er erlitt eine schwere Verletzung am Fuß, so daß er sich nicht mehr erheben konnte. Herbeigerufene Sanitarier der Feuerwehr legten dem Verunglückten einen Traversband an und schafften ihn ins Albertshospital.

Im Fahrstuhl verunglückt. Am Freitag, vormittag gegen 11 1/2 Uhr, blieb in dem Hause Neue Weltgasse 6 ein Kaufmannslehrling mit dem Fuß zwischen dem Fahrstuhl und dem Umbau hängen, wodurch der Fahrstuhl feststeckt und weder hin- noch herunterging. Man sah sich schließlich genötigt, die Feuerwehre herbeizurufen, der es auch bald gelang, den Gefangenen aus seiner schlimmen Lage zu befreien. Er hatte dabei eine Verletzung an der Ferse erlitten, die ihm von Sanitarier der Feuerwehr verbunden wurde.

Der festgenommene angeklagte Fabrikarbeiter, der, wie polizeilich gemeldet wurde, verschiedene Personen als Teilhafter angeklagt und um ihre Einlagen gestreift hat, ist ein von auswärts nach Breslau hergezoher verzeigerter Mann in den 56er Jahren. Er hat sich, wie wir erfahren, in Böhlow Geschäftsräume gendrecht, die er als seine Privaträume notdürftig einrichtete. Durch Anzeigen in den Zeitungen suchte er dann Teilhafter, denen er weitläufiger verstand, daß die Fabrikanlage vergrößert werden könne und großen Erfolg verspreche, wenn er das nötige Betriebskapital zusammenbringe. Darauf sind dann die Teilhafter hineingefallen.

Strafungsprüfung. Die nächste Prüfung über die Befähigung zum Betriebe des Aufbeschlaggewerbes vor der städtischen Prüfungscommission zu Breslau wird Donnerstag, den 9. April, vormittags 8 Uhr, in der Werkstatt des Schmiedemeisters W. Zilmanow, Margaretenstraße 11, abgehalten. Schmelze, die geprüf sein wollen, müssen nachweisen, daß sie das 19. Lebensjahr vollendet und sich mindestens die letzten drei Monate vor der Meldung zur Prüfung im Regierungsbezirk Breslau aufgehalten haben.

Teures Abenteuer. Ein Kaufmann nahm in der Nacht zum Donnerstag ein Sittensmädchen von der Straße zu sich in seine Wohnung auf der Höfchenstraße. Als er morgens erwachte, war der Besuch verschwunden, aber mit ihm ein Brillantring, ein goldener Damenring mit Saphir und eine Weckeruhr mit massivem Gehäuse. Der Brillant im entwendeten Ringe ist von anderen Gesteinen umgeben. Der Wert der gestohlenen Gegenstände beläuft sich auf etwa 1500 Mark. Der Kauf oder Verleihung der genannten Gegenstände wird getraut.

Neue Standplätze für Kraftwägen. Am Freiburgerbahnhof und am Oberdorfbahnhof ist ein Halteplatz für fünf Kraftwägen eingerichtet worden.

Fener in einer Bodenlammer. Am Sonntag, vormittags kurz vor 10 1/2 Uhr, wurde die Feuerwehre nach Theresienstraße 14 gerufen. Hier war in einer Bodenlammer ein Brand entstanden, der glücklichweise bald bemerkt und von der Feuerwehre im Keime erstickt werden konnte. Das in der Kammer lagernde Bobengerümpel, außerdem Holz und Papier wurden vom Feuer vernichtet.

Einbruch in Wohnungen. Am Freitag ist ein Dieb in eine verlassene Wohnung auf der Bohrauerstraße eingedrungen und hat daraus eine goldene Remontrieur Nr. 22.223 und eine goldene Felle gestohlen. Aus dem Vertikal einer Wohnung auf der Marthastraße hat ein Dieb eine Holzspardbüchse mit 54 Mark gestohlen.

Gefunden wurde von einem Jahrtrabe, das kurze Zeit auf der Leuthenstraße aufgeschloß stand, eine dunkelbraune Wirtskasse, in der zwei Pfund Backobst und eine Cerebellatouren lagen.

Vereine und Versammlungen.

Gewerkschaftsliste Breslau. Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses die Tagesordnung ist sehr wichtig; es handelt sich u. a. um die Jahresberichte und die Neuwahlen. Ferner soll über die Vertreter-Wahlen für die Versicherungskammern gesprochen werden.

Gegen die Prostitution. Der deutsche Zweig der internationalen Föderation zur Bekämpfung der staatlich reglementierten Prostitution hält am 19. und 20. Februar seine Hauptversammlung in Breslau ab. Am 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, wird in einer öffentlichen Versammlung in der Leisingerloge, Agnesstraße 5, Herr Dr. med. Juliusburger aus Siegen über: „Die Bedeutung der Segen für unser Seelenleben“ sprechen.

Am 20. Februar, vormittags 9 Uhr, beginnen die geschäftlichen Verhandlungen im Rathaus. Von allgemeiner Bedeutung ist ein Antrag der Vorsitzenden des Breslauer Zweigvereins, Frau Geheimrat Wegner, der nach 10 Uhr an die Reise kommen wird. Er fordert ein kräftiges Vorgehen gegen das Verfallsverfahren im ganzen Deutschen Reich. Die Verhandlungen sind öffentlich.

Humboldt-Verein für Volksbildung. Donnerstag, den 19. Februar, abends 8 1/2 Uhr, wird Herr Pastor Wackel im Saale von Bankes Restaurant, Dübenstraße 50, einen von zahlreichen bunten Lichtbildern begleiteten Vortrag halten über: „Begebenheiten aus dem Verfallsverfahren“. Der Eintritt ist frei. 1815/1816. Der Verein ist frei.

Veteranen-Unterstützung.

Wohltuend, rein sachlich und sorgfältig sollen, wie es in einer Verfügung des Ministers des Innern heißt, alle Anträge auf Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer von den beteiligten Behörden geprüft werden. Die Verfügung befiehlt weiter, daß die erforderlichen Feststellungen schonend vorzunehmen sind und in den Bescheiden, die nach wie vor allein von den Regierungspräsidenten zu erteilen sind, soweit irgend tunlich, mit kurzer Begründung zu versehen sind, jede schroffe Form zu vermeiden ist.

In einzelnen bezogen der Minister folgendes: Zu § 4: Eines ärztlichen Attestes bedarf es in Zukunft nicht mehr, da, wenn sonst die Bedingungen erfüllt sind, die Beihilfe unabhängig von dem Nachweis der Erwerbsunfähigkeit zu gewähren ist. Bei der Prüfung der Bedürftigkeit sind Umstände Dritter nur insoweit zu berücksichtigen, als sie auf rechtlicher Verpflichtung beruhen.

Zu § 5: Wie der § 4 der Ausführungsbestimmungen ergibt, können jetzt unter der dort angegebenen Voraussetzung auch Teilrenten gewährt werden. Die Teilrente ist auf eine zur Verfügung stehende Vollrente zu verrechnen; deren Restbetrag ist zu erheben. Auch können, soweit möglich, aus einer Vollrente mehrere Teilrenten gezahlt werden.

Zu § 6: Wenn Zweifel darüber bestehen, ob ein Veteran wegen Bekämpfung als der Fürsorge unwürdig anzusehen ist, so ist die bisher die Entscheidung des Ministers, hinsichtlich der Befreiung der Erbschaften, einzuholen. Der am 20. Juli 1912 in der gleichen Angelegenheit ergangene Rundschreiben des Ministers des Innern ist auch weiterhin zu beachten.

Dieser Erlass enthält auch anderem die für die Entscheidung der Behörde grundsätzlichen Anordnungen: „Auch bei der Prüfung der Bedürftigkeit, insbesondere bei Anrechnung von Anteilen und Unterhaltungen unterhaltspflichtiger Verwandter, scheinen Härten zutage getreten zu sein. Die Veteranenbeihilfe wird grundsätzlich nicht zu versagen sein, wenn durch ein Merkmal oder durch Leistungen unterhaltspflichtiger Verwandter nur für die unbedingten Lebensbedürfnisse gesorgt ist. Bei dem Vorhandensein eines kleinen Kapitals wird, abgesehen von dem in dem Erlasse vom 6. April 1911 gegebenen Erläuterungen, nach billigen Ermessen zu beurteilen sein, ob im Einzelfall eine Mitberührung des Vermögens nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Antragstellers zu fordern ist.“

Es hat nicht, wie es in einigen Bezirken geschehen zu sein scheint, ohne weiteres der dreihundertfache Betrag des ortsüblichen Tagelohnes als die für die Gewährung der Beihilfe in Betracht kommende Einkommensgrenze zu gelten. Von einer bestimmten Einkommensgrenze ist gerade im Interesse der Kriegsteilnehmer überhaupt abgesehen worden. Die Ortsbehörde hat vielmehr in jedem einzelnen Falle zu ermitteln, welches Gesamteinkommen unter Berücksichtigung aller bei dem Antragsteller in Betracht kommenden Verpflichtungen zur Befreiung des notwendigen Lebensunterhalts erforderlich ist. Die untere Vermögensbehörde und die entscheidende Behörde haben die Angemessenheit dieses Betrages zu prüfen und nötigenfalls kurz begründen zu lassen.

Offensichtlich wird diese Verfügung des Ministers von den beteiligten Behörden recht genau beachtet. Die Veteranen verdienen es wirklich, wohlwollend und rücksichtsvoll behandelt zu werden.

Vom Arbeitsmarkt.

In der Industrie macht sich eine recht ungleichmäßige und unartikulierte Verteilung des Angebots von Arbeitskräften bemerkbar. Aus Oberschlesien und aus dem mitteldeutschen Braunkohlenrevier kommen von der Seite der Arbeitgeber sorgfältig Mitteilungen über Arbeitermangel. Vergleicht man aber die Berichte der Arbeitgeber mit diesen Darstellungen, so ergibt sich das überraschende Resultat, daß die Gütern- und Zehnerverwaltungen die reichlich angebotenen inländischen Arbeiter angeblich nicht unterbringen können, daß sie aber trotzdem nach ausländischen Arbeitern Ausschau halten. Während in Oberschlesien infolge des lebhaften Exportes nach Ausland das Produktionsstempo noch immer mehr beschleunigt wird, werden im Ruhrrevier zahlreiche Feierlichkeiten eingeleitet. Bekanntlich wurden in den Jahren 1912 und 1913 zahlreiche Arbeiter von Oberschlesien in die westdeutschen Industriebezirke überführt. Augenblicklich ist die Situation so, daß die entgegengesetzte Transaktion angebracht erscheint. Eine nicht gerade erfreuliche Begleiterscheinung der jetzigen Arbeitsmarktlage ist das Erstarren der Pseudo-Arbeiter-Organisationen. Überall da, wo in den Direktionen und Betriebsleitungen schonungslos und arbeitserfindliche Tendenzen vorherrschen, schiebt man zur Gründung der sogenannten „gelben“ Verbände. Wo solche schon bestehen, wird die augen-

schärfste Situation dazu ausgenutzt, reise Mitarbeiter in diese Organisationen hineinzudrängen. Laufende und Abertausende von Familienwägern werden vor die Wahl gestellt, entweder dem gelben Verein beizutreten oder die Arbeit niederzulegen. Bei der neuen Natur dieser Verbände muß jeder Mann, der auf die Arbeiterkraft ausgeht, sich die zur Wehr zu setzen lassen, als Terrorismus sich ihm in der Seele festzusetzen. Der Arbeiter gehört ebenso wie der Arbeiter in dieser Organisation, die seine Interessen nachdrücklich vertritt. Hieraus ergibt sich ganz von selbst, daß der Arbeiter keinesfalls einer Organisation angehören darf, die im Sinne der Unternehmer geleitet wird.

* **Von der Elektrischen gestolzen.** Auf der Frankfurterstraße, Ecke Schweigerstraße, ist am Sonntagabend ein angetrunkenen Mann von einem Straßenbahnwagen gestolzen und blieb benommen liegen. Verbeugene Sanitätsleute der Feuerwehreinheit schafften ihn ins Allerheiligen-Hospital.

* **Diebstahl auf der Reichsbahn.** Einem Maurerlehrling, der am Freitag auf der hiesigen Reichsbahn Geld einbringen wollte, ist dabei von einem Unbekannten ein Hundertmarkschein gestohlen worden.

* **Einkauf.** In eine Wohnung auf der Fürstenstraße ist ein Dieb gewalttätig eingedrungen und hat daraus einen wertvollen Koffer mit gelbem Futter, ein braunes Jackett, eine schwarze gestreifte Hose, ein Paar braune Schuhe, ein Oberhemd, ein glatter goldener Ring mit dunkelrotem Stein, eine goldene Remontoir-Uhr und eine feingliedrige Topfkette gestohlen.

* **Gasausströmung.** Im Hause Gahlsstraße 107 machte sich am Sonntagabend gegen 8 1/2 Uhr ein starker Gasgeruch bemerkbar, dessen Ursache man nicht erklären konnte. Man benachrichtigte die Feuerwehr, diese ermittelte, daß der sogenannte Kleinkeller an einer Gasleitung undicht geworden war und die Gasausströmung verursacht hatte. Durch Absperren der Hauptleitung wurde jede Gefahr beseitigt.

Frauenbewegung.

Dürfen Lehrerinnen Mütter werden? Die New Yorker Berichte haben die Frage, ob Lehrerinnen Mütter werden dürfen, nach langem Streit bejaht. Früher hatten die Lehrerinnen in solchen Fällen stets von Mitgliedern nehmen müssen, doch hatte eine deshalb entlassene Lehrerin diesmal die Hilfe der Gewerkschaften angezapfen. In der Urteilsbegründung wird gesagt, daß Lehrerinnen nach dem Gesetze verheiratet sein dürfen. Daher müßten sie auch das Recht der Mutterschaft haben.

Neueste Nachrichten.

Deutsche Zentrumsversammlung.

Essen (Ruhr), 16. Februar. Unter dem Vorsitz des Reichs- und Landtagsabgeordneten Justizrat Dr. Well fand gestern nachmittag im städtischen Saalbau zu Essen die als Kundgebung gegen die Antirepublik und zur Verteidigung der christlichen Gewerkschaften einberufene große Versammlung der Zentrumsparlei statt, an der ungefähr 500 Personen teilnahmen. Nach einigen kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden hielt Stadtparrer Geistlicher Rat Wacker und Reichs- und Landtagsabgeordneter Oberlandesgerichtsrat Max Knipprach, in der sie in scharfen und markanten Worten „gegen die Quertreiber“ Stellung nahmen. Die Rede des Oberlandesgerichtsrats Max Knipprach in der programmatischen Erklärung, daß durch den Aufruf der Partei festgelegt worden seien, so daß jeder, der sich mit dem Standpunkt der Partei nicht einverstanden erklären könne, außerhalb der Partei stehe. Die Integrität seien als Feinde der Partei zu betrachten und ein für allemal aus der Partei auszuschließen. Im Kampfe gegen die Quertreiber und integralen Elemente werde das Zentrum den christlich-nationalen Gewerkschaften zur Seite stehen. Weitere Anreden erfolgten durch den Vertreter der Kölner Zentrumsparlei Dr. Mertens und den Vorsitzenden des Verbandes der Wirtschaftskräfte für Deutschland Dr. Eich. Geseftatter Panamer-Güter und Rechtsanwalt Dr. Reichhaus-Weidburg. Die zahlreich aus allen Teilen Deutschlands eingelassenen Zustimmungstelegramme sollen veröffentlicht werden. In einem Schlusswort empfahl Dr. Well zur Zurückweisung der „Definieren“ und „Politischen Wiederläufer“ die Annahme folgender Resolution:

„Die von treuen Zentrumsanhängern aus Rheinland und Westfalen zahlreich bezeugte Versammlung im städtischen Saalbau zu Essen erwidert dem Reichsausschuss für seine vor religiöser und vaterländischer Gesinnung getragene programmatische Erklärung ihre volle Anerkennung aus und dankt ihm insbesondere für die unter Führung der bewährten Zentrumstraditionen erfolgte energische Zurück-

wiesung der Quertreiber und die Verteidigung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.“

Nachdem die Versammlungsteilnehmer zu dieser Resolution ihre Zustimmung erteilt hatten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die einigte Zentrumsparlei geschlossen.

Ein mysteriöser Selbstmord.

Petersburg, 16. Februar. Ein geheimnisvolles Drama, das sich in dem Hause eines russischen Artillerieobersten abspielte, beschäftigt augenblicklich die Petersburger Gesellschaften. In der Wohnung des Obersten wurde eine junge verheiratete Frau namens Bikel erhängt aufgefunden. Die Wohnung des Obersten führt an die Wohnung eines Majors. Als lehrer beim Nachhausekommen bemerkte, daß die Tür zur Wohnung des Obersten unverschlossen war, trat er erkrankt ein und fand zu seinem Entsetzen die Leiche der jungen Frau am Fensterkreuz hängen. Nur wenige Schritte vom Fenster entfernt schlief der Oberst friedlich in seinem Bette. Der Oberst erklärte nun, von dem ganzen Vorgang nichts bemerkt zu haben und auch die junge Frau von Gesellschaften her nur ganz oberflächlich zu kennen. Die Untersuchung der Leiche hat Selbstmord durch Erhängen festgestellt. Das mysteriöse Dunkel, das über der Affäre schwebt, wird noch dadurch erhöht, daß die junge Frau in den glücklichsten Verhältnissen gelebt haben soll.

Sturmflut an der französischen Nordküste.

Die durch die starken Stürme der letzten Tage hervorgerufene Sturmflut hat noch immer nichts an Festigkeit eingebüßt. Sonnabend morgen wurde ein Knabe, der sich mit mehreren Kameraden auf dem Weg zur Schule befand, von einer Welle erfasst und ins Meer getrieben. Alle Versuche, ihn zu retten, blieben erfolglos. Die Leiche konnte bisher noch nicht geborgen werden.

Landung englischer Marinefeldaten in Veracruz.

New York, 16. Februar. Infolge der aus Mexiko eingelaufenen beunruhigenden Nachrichten hat die Regierung der Vereinigten Staaten beschlossen, 3 neue Kreuzer nach Veracruz zu senden. Die Rebellen haben die Forts der Stadt Mexiko angegriffen. Die New Yorker Bankiers verlangen abetierlich eine sofortige Intervention der Vereinigten Staaten. Eine Abteilung englischer Marinefeldaten mit Maschinengewehren ist in Veracruz an Land gegangen, um den Schutz des englischen Konsulats zu übernehmen. Die mexikanische Regierung hat den Wunsch ausgedrückt, daß auch die übrigen Mächte auf diese Weise selbst für den Schutz ihrer Konsulate sorgen mögen.

Selbstmord eines Justizministers.

New York, 16. Februar. Die Untersuchung über die Westinghouse-Affäre in den hohen Beamtenposten des Staates New York hat ein überraschendes Ergebnis gezeitigt. Der Justizminister John Kennedy, auf dem bereits seit einiger Zeit der Verdacht der Veschlichkeit ruhte, hat sich gestern in seiner Villa in Buffalo erschossen. Kennedy war vor einiger Zeit von dem Generalsankanwalt Whittman aufgefordert worden, als Zeuge bei verchiedenen Bestechungsprozessen zu erscheinen, doch hatte sich der Justizminister stets geweigert. Es verlautet, daß der Anwalt einen Haftbefehl gegen Kennedy erlassen wollte. Die Nachricht hat hier großes Aufsehen erregt.

Stürmische Parlamentsitzung in Japan.

Tokio, 16. Februar. Am Sonntagabend kam es in der Sitzung des Parlaments bei der Beratung des Geschäftssteuergesetzes zu stürmischen Ausbrüchen. Die Opposition schlug ein obstruktives Verfahren ein. Ein Mitglied der Opposition geriet in die Stimmung der Stimurnen. Am Abend drang ein Mann in das Ausschusszimmer und mißhandelte ein Ausschussmitglied so, daß seine Überführung in ein Krankenhaus notwendig war. Der Angreifer ist verhaftet worden. Die Opposition gibt als Grund für ihr Vorgehen an, daß ihre Anfragen und Einsprüche nicht gehört worden seien. Als sich das Parlament um Mitternacht verlagte, war man in der Beratung noch keinen Schritt vorwärts gekommen.

Wetternachrichten der Univeritäts-Sternwarte.

Nach Westl. Ortzeit	14. Februar	15. Februar	16. Februar	
h. W. G. + 29.7 in.	h. W. G. + 29.7 in.	h. W. G. + 29.7 in.	h. W. G. + 29.7 in.	
Einfluss (C)	+ 6.6	+ 5.6	+ 4.2	+ 2.9
Windrichtung	75.0	75.1	74.5	75.6
Windstärke (m)	4.8	4.4	5.1	6.5
Luftfeuchtigkeit (%)	66	74	62	65
Wind (10-12)	W 2	W 1	W 2	W 2
Wetter	bedeckt	bedeckt	bedeckt	bedeckt

* Zur Definition auf Meeresspiegel sind 13.1 m hinzu zufügen.

Aus aller Welt.

Gerhard Nissen †.

Am Sonntag nachmittag 5 1/2 Uhr ist in Berlin der Präsident der deutschen Bühnengemeinschaft Gerhard Nissen an einer Herzkrankheit gestorben, nachdem er die letzten 24 Stunden vollständig apathisch verbracht hatte.

Ein ganzes Dorf vernichtet.

Ein aus dem Norden von Britisch-Kamerun nach Kamerun zurückgekehrter Reisender berichtet, wie der „E. K.“ meldet, daß ein ganzes Dorf des Stammes der Rendille von Eingeborenen von Vorn vernichtet worden ist. Dabei seien zweihundert Männer, Frauen und Kinder getötet worden.

Furchtbare Familientragödie.

Zwei Töchter getötet.

Als am Sonntagabend nach 12 Uhr ein in der Londoner Vorstadt Saffron Walden wohnender Straßenbahnfahrer heimkehrte, fand er, daß die ganze Familie seines Vaters, bei der er als Unverheirateter in Pension war, tot war. In einem Zimmer lagen die drei jungen Kinder des Hauswirts getötet, und in dem daran anschließenden Raum die toten Eltern. Der Vater scheint die ganze Familie im Schlaf umgebracht und dann sich selbst entleibt zu haben.

Zanweiler und Hochwasser.

Das plötzlich eingetretene Regenwetter droht verhängnisvoll für einzelne Dörfer der Gifel zu werden, in denen der Schneeeis noch in einer Höhe von 1 bis 1 1/2 Meter liegt. Streckenweise ist auch jetzt noch der Verkehr unterbrochen. Nach einigen Orten konnte örtliche Hilfe nicht gebracht werden, da die Schneemengen den Verkehr behinderten. Da zu befürchten steht, daß durch den plötzlichen Abgang der ungeheuren Schneemassen eine Hochwasserkatastrophe eintritt, werden entsprechende Vorkehrungen getroffen.

Auch der Rhein steigt wieder. Der Wasserstand bei Mainz ist von 53 auf 54 Meter, der des Rheins bei Koblenz von 9 auf 11 Meter gestiegen. Der Abgang des Eises von der Gifel und die Schneemengen werden in der Gifel der Rheingebirge des Rhein wird ständig erwartet.

Schneestürme in New-York.

Nachdem der ganze Osten der Union, insbesondere New York, seit einigen Tagen einer grimmigen Kälteperiode ausgesetzt war, der in New York elf Personen zum Opfer fielen, legte am Sonntag ein furchtbarer Schneesturm ein. Der Straßen- und Bahnverkehr war durch Schneeverwehungen in Stadt- und Land vollständig lahmgelegt.

Weiter wird gemeldet: Der am Sonntagabend über die amerikanische Seite des Atlantischen Ozeans folgende schwere Schneesturm war von bitterem Frost begleitet. Der Dampfer „Deane“ traf am Sonntagabend in New York mit dreifündiger Verspätung ein. Das Deck und der Schiffsraum waren mit einer dicken Eiskruste überzogen. Eine riesige Sturzelle drückte unterwegs die Kabinenfenster des Salons ein und verchiedene Passagiere wurden durch umherliegende Glasstücke verletzt. Der Kapitän hat während sechshundert Stunden die Kommandobrücke nicht verlassen. Der Dampfer, der im Kanal wütete, hat etwas nachgelassen. Zahlreiche Schiffe suchten im Hafen von Dover Zuflucht. Die Schutzwälle um die Küste der Insel Wight sind teilweise beschädigt. Auch von anderen Teilen der Küste werden schwere Stürme gemeldet.

Träger des vornehmsten Todes.

In einer Kriegsgerichtsverhandlung in Altenburg, S.-A., wurde gegen den Feldwebel Werner, Sergeant Berthold und Unteroffizier Kasseit wegen Sittlichkeitsverbrechens verhandelt. Sie waren angeklagt, gegen ein dreizehnjähriges Schulmädchen sich unzüchtlich verhalten zu haben. Werner wurde zu sieben Monaten Gefängnis und zur Degradation verurteilt. K. und B. wurden freigesprochen; K. deshalb, weil er geklaut hatte, es mit einem volljährigen Mädchen zu tun gehabt zu haben.

Auffregende Szene in einem Krankenhaus. Eine auffregende Szene hat sich in dem Stadthospital in Lorien (Frankreich) abgespielt. In einem der Krankenzimmer erschien plötzlich ein verblüfft aussehender Mann mit einem Revolver in der Hand. Der offenbar vom Verfolgungswahnsinn Befallene schrie fortwährend „man will mich ermorden“ und feuerte blindlings aus dem Revolver um sich, wobei er drei Patienten schwer verletzte. Unter den Kranken brach eine Panik aus. Nach längeren Bemühungen der herbeigeeilten Wärter gelang es ihnen, dem Kranken die Zwangsjacke anzulegen. Es handelt sich um einen gewissen Lumburg, der bereits seit längerer Zeit in einem Hospital wegen Verfolgungswahnsinn verbracht ist. Es war ihm jedoch gelungen, aus diesem zu entfliehen.

Die ausländischen Lieblinge des Internementums. In Dillenburg in Westfalen wurde dem Direktor Schulz von der Gewerkschaft „Constance“ bei Langenbach durch einen seiner Arbeiter, einen Kroaten, in seinem Zimmer mit der Art die Schädeldecke zertrümmert. Der Täter ist geflüchtet. Die Veranlassung zu der Tat gab die Entlassung des Arbeiters. Der Zustand des Direktors Schulz ist hoffnungslos.

Ein zweites Opfer der Reichhäuser-Tragödie. Der Fall Reichhäuser hat auch ein zweites Opfer gefordert. Die Frau des Buchdruckereibesetzers Güters aus Radolfzell, die sich in der Neujahrsnacht bei dem Umherirren mit Reichhäuser beide Füße erfroren hatte, ist jetzt in München an den Folgen der Operation, die an ihr vorgenommen werden mußte, gestorben.

Religiöser Wahnsinn. Im Norden Berlins spielte sich am Sonntag morgen eine aufregende Szene ab. Dort hörten in einem Hause, in dem das Ehepaar Julius wohnte, daß schon wiederholt Spuren von religiösem Wahnsinn gezeigt hatte, die Hausbewohner Hilferufe. Die Frau hatte wieder einen Wahnsinnsanfall, begab das Bett ihres Mannes und diesen selbst mit Petroleum, um ihn zu verbrennen. Der Mann erwachte aber rechtzeitig und konnte noch aus dem Bett heraus, während dieses schon lichterloh brannte. Es kam zu einem großen Aufruhr, da der Mann, von seiner Frau verfolgt, das ganze Haus alarmierte. Verbeugene Feuerwehre und Schutzleute konnten nur mit Mühe die Frau überwälzigen.

Kleine Notizen.
Alphonse Bertillon †. Der Erfinder des anthropometrischen Systems und Direktor des Pariser gerichtlichen Erkennungsdienstes, Alphonse Bertillon, ist am Freitag im Alter von 61 Jahren gestorben. Bertillon führte 1882 die Grundzüge des nach ihm benannten Erkennungssystems bei der Pariser Polizeipräfektur ein. Mit dem berühmten Anthropologen ist einer der populärsten und verdienstvollsten französischen Gelehrten unserer Zeit dahingegangen. 1859 in Paris geboren, widmete er sich anfänglich ethnographischen Studien und veröffentlichte 1888 sein Werk „Ethnographie moderne. Les races sauvages.“ Wenige Jahre später aber wandte er sich anthropologischen Messungen zu, die ihn auf das Problem der gerichtlichen Identifikation leiteten und von nun ab ausschließlich beschäftigten sollten. Das unter dem Namen Bertillonage verbreitete System der Messung von Verbrechern ist allerdings nicht von Bertillon allein erfunden, wohl aber von ihm darauf vervollkommen worden, daß es sich in der Praxis vorzüglich bewährt. Es besteht in der Aufnahme gewisser Körpermerkmale, die erfahrungsgemäß während der ganzen Lebensdauer des erwachsenen Menschen ziemlich gleich bleiben.

Aus Breslau (Saub)-Neumark.

Erweit. Arbeiterlos. Am Kanalbaubau werden zurzeit eine Anzahl Bäume gefällt. Am Sonnabend nachmittags wurde dort ein damit beschäftigter Arbeiter von einem umstürzenden Baum getroffen und zu Boden geschleudert, sodass er befehlungslos liegen blieb. Verbelegene Sanitätsmannschaften der Feuerwehr leisteten dem Verunglückten erste Hilfe und schafften ihn nach dem Krankenhaus der Barmherzigen Brüder. Hier stellte man eine Gehirnerschütterung fest.

Gräßlich. Im dem letzten Frauenabend sprach Genoffin Jida Wulff, Breslau, über Verbrechen und Prostitution. In gestreicher Weise führte die Vortragende die Prostitution zu jener wirtschaftlichen Vorgänge im Werden der Kulturgeschichte zurück, deren gesellschaftsrechtliche Wirkungen wie unter dem Begriff Mutterrecht und Vaterrecht kennen. Erst als die Vaterherrschafft die ursprüngliche Mutterherrschafft abgelöst, entwickelte sich allmählich die Prostitution, die in ständiger Steigerung sich in den letzten Jahrhunderten verdoppelt hat. Neben langjähriger Veranlagung sind es Eitelkeit, Verführung, schlechte Schicksalsverhältnisse, die unsere jungen Mädchen der Prostitution in die Arme treiben. Die stärkste Triebkraft ist aber der Hunger. Wenn es den Mädchen möglich wäre, in christlicher Arbeit ein menschenwürdiges Dasein zu führen, so würden Tausende den Beruf der käuflichen Liebe nicht ergreifen. In den meisten Fällen ist es diesen Opfern unserer kapitalistischen Wirtschaftsweise, durch die unsinnige Einrichtung der Polizeikontrolle, nicht mehr möglich vor diesem jammervollen Beruf loszukommen. Einen wirksamen Schutz stellt diese Kontrolle auch nicht dar, bleibt doch der andere Teil, die Männer, ohne eine solche. Die Prostitution mit all ihren Schattenseiten wird erst verschwinden, wenn unsere jetzige kapitalistische Wirtschaftsordnung von einer vernünftigen Wirtschaftsweise abgelöst ist.

Der außerordentlich interessante Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Unter „Verstärkung“ wurde beschlossen, den nächsten Abend im März ausfallen zu lassen und dann am Sonntag, den 8. März, eine öffentliche Frauenversammlung abzuhalten.

Schwiz. Aus der Gemeinde. Nach einer ziemlich langen Pause fand am Freitag wieder eine Sitzung der Gemeinde-Vertretung statt. Von den Vertretern fehlten die Herren: Stolle, Wastke und Hesselmann. Es wurde zunächst dem Hausbesitzer Karl Gott die Genehmigung einer Ausnahme vom Bauverbot gewährt. Die Bedingungen des § 2 des Gesetzes sind erfüllt. Bei dieser Gelegenheit gab sogar der Vorsitzende zu, daß am Orte eine Wohnungsnot besteht. Die Vertretung wandte sich darauf einem Antrage der Erlösergemeinschaft an wegen Erbauung eines Volkshauses mit Leichenhalle. Unerwartlich beschäftigte die höhere Angelegenheit die Vertreter vor Jahresfrist schon einmal, wurde aber damals aus finanziellen Gründen fallen gelassen. Nun ist von obengenannter Gemeinde ein erneutes Verbot eingegangen, um kostengünstige Ueberlassung eines Bauplatzes. Die Kirchgemeinde hatte erst die Absicht, das Grundstück „Volksgarten“ für ihre Zwecke zu erwerben, doch scheiterte die Verhandlungen an dem geforderten Preise. Nun hat die Gemeinde Schwiz vor mehreren Jahren ein Grundstück zu billigen Preise erworben und davon beantragt der Gemeinde-Vorsteher $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Morgen der Erlösergemeinschaft zu überlassen, was schließlich auch mit fünf gegen vier Stimmen geschah.

Ueber den jetzigen Stand der Pflasterarbeiten der hinteren Dorfstraße sprach Herr Winkler. Aus seinen Ausführungen ist zu entnehmen, daß es nur dem Widerstand des Magistrats zuzuschreiben ist, wenn die Angelegenheit nicht vorwärts kommt. Die Kreis- und Provinzialbehörden werden nur dann gehorcht, wenn sie Stadt, die als Bestreiter des Kommunismus an dem Ausbau der Straße ebenfalls interessiert ist, eine Weisung erteilt. Diese wird aber vom Magistrat verweigert. Er schloß mit der Mahnung an die Vertreter, für die Durchführung einer im Nachhinein liegenden Nebenstraße einzutreten, damit dieser Teil des Dorfes Schwiz der Bauaktivität verschlossen werde. Von einigen Vertretern wurde beantragt, den Amtsvorstand zu ersuchen, für Streichung der Polizeiergänzungsstelle einzutreten. Begründend wurde angeführt, daß ein Ort wie Schwiz an einem Gendarmerieposten und einem Amtsvorstand polizeilichen Schutz genug hätte. Die Vertretung machte die Ansicht der Antragsteller zu der übrigen. Bemerkenswert ist das stetige Anwachsen der Zuhörerzahl.

Stabellisch. Unsere Distriktsversammlung, die sich in der Hauptsache mit den bevorstehenden Gemeindevorwahlen befaßt, fand in Stabelwitz bei Weidner statt. Genosse Trowig gab in seinem Vortrage den Genossen Anweisungen zur Wahl und forderte zur Bildung eines Agitations-Komitees auf, wozu sich eine Anzahl Genossen freiwillig meldeten. Auf unsere Forderungen in der Gemeinde eingehend, ermahnte er die Gemeindevorsteher, zu reger, tätiger Mitarbeit bei ihrer Durchführung. In der darauffolgenden Ausstellung der Kandidaten wurden in der zweiten Abteilung die Genossen Pennia und Barowsky, in der dritten die Genossen Palloch I und Pieweg aufgestellt. Darauf erstattete Genosse Keil den Reisebericht vom 3. Quartal. Des weiteren teilte der Distriktsleiter mit, daß vom 8. bis 15. März eine sogenannte rote Woche stattfinden zur Erwerbung neuer Mitglieder und Leser der „Volkswacht“. Es meldeten sich 15 Genossen und Genossinnen zur Agitation. Die „Volkswacht“-Kolleportage wurde einer einzuzureisenden außerordentlichen Versammlung überwiesen. Kollege Wittler machte die Anwesenden zum Schluß noch auf die vom Deutschen Textilarbeiterverband geplante Agitationswoche aufmerksam, die vom 16. bis 23. Februar von unserer Zahlstelle aus alltägliche Textilarbeiterversammlungen in den Orten Breslau, Gräßchen, Stabelwitz, Deutsch-Wilfa, Herruprotz, Marzowitz, Neutrich vordringt. Wir wollen hoffen, daß jeder Textilarbeiter diese Gelegenheiten benutzen wird, Mitglied seiner Berufsorganisation zu werden. Anmerkungen werden täglich im Bureau Leuthenstraße 17 und von den Funktionären entgegengenommen.

Lobe-Theater.

„Casar“. Ein Drama aus der Fremdenlegion in 4 Akten von Erwin Rosen.

In zwei (Breslauer Bühnen) haben wir gegenwärtig so etwas wie „angewandte“ Dramatik. Wie bisher im Historiendrama mit dem „Schiffbrüchigen“, so steht auch in „Casar“, die dramatische Kunst im Dienste einer Idee, für die zur Propagierung der Hauptidee des Stückes ist. Bisher hat sie selbst auch ein Schiller: die Bühne als „moralische Erziehungsmittel“ bezeichnet; aber zwischen dem, was ihm vorschwebte und was Erwin Rosen in seinem Geiste gut gemeint aber offensichtlich fast übertriebener Bühnenstück schuf, besteht schon abgesehen von den historisch-qualitativen ein gewaltiger Unterschied. Durch verschiedene Uebersetzungen hat Rosen erreicht, daß man sein Stück als im Namen der Menschlichkeit geschrieben bezeichnen kann. Denn nicht gegen den barbarischen Kolonialmilitarismus an sich richtet sich das Stück, sondern nur gegen die französischen Fremdenlegion wendet sich Rosen. Im selben Atmungsbreite er für die schmähliche Niedermetzung der Hereros eine Lanze.

Rosen, der übrigens selbst in der Fremdenlegion diente und darüber ein Buch geschrieben, schildert in anschaulichen und dramatisch sehr wirksamen Szenen von denen manche, wie das Lauffeuer über mit Säufanden auf dem Rücken im Sonnenbrand wie ein Bild von preußischen Karrenhöfen annimmt das Leben in der Fremdenlegion. Aber warum trägt er es nicht auch eine der tatsächlichen vornehmsten Situationen der Fremdenlegion zu erwähnen. Ist doch fast einmütig von allen Kennern die gute Besetzung und das Fehlen des Blühen-Gamaßens durch seinen „Christenmord“...
Das Stück hat tatsächlich eine große

Fremdenlegion. Warum das leugnen? Es bleibt dessen ungeachtet genug des barbarischen in diesem Vorwiegend aus Deutschen bestehenden Söldnerheere übrig, daß selbstverständlich jeder junge Mann nicht genug vor dem Eintritt gewarnt werden kann.

Manche der vielseitigen, lebensprüfenden Wäber aus dem Kasernen- und Lagerleben der Legionäre, den dann und wann ausbrechenden „Casar“ (eine Art durch Feinwech beschwerten Tropenpöller) und dem verunglückten Fuchswürger, der mit der Erschießung der Deserteure endet, sind von einer starken dichterischen Kraft. Schade, daß der Eindruck durch manche auf den Kurzpatriotismus berechnete Einfaltungen gestört wird.

Die Aufführung im Lobe-Theater unter der Spielleitung des Herrn Gortler war geradezu musterhaft. Die beste Leistung machte wohl die „Market-nderrin“ des Hrn. Lilly Heise, die Töne von hinterer der bar. a. l. i. e. r. e. i. c. h. e. Prachtgestalten in ihrer individuellen Zeichnung waren die Fremdenlegionäre der Herren Machold, Küstermann, Halpern, Lehn-dorf (der in drohiger Weise einen unwirschigen „Berliner“ gab), weiter aber neben Herrn Luad, der einen Keger darstellte, besonders Herr Wang als verlotterter „Zambou“. Und wer hätte nicht den Wunsch gehabt, der Herrn Warlig als marokkanischen Juden sah, diesen tüchtigen Darsteller einmal als „Rylo“ zu sehen. Auch die Herren Gurter und Skobly waren trotz des nicht vorgesehenen Nebenparts, als Offiziere, sehr wirksam. Fräulein Urban gab eine herabgelommene, in Araberpeplum herumlungende ehemalige Pariser Dirne, mit viel Glanz.

Das Haus spendete starken Beifall.

Schlesien und Posen.

Vom Mädchenhändlerprozess.

Wutchen Os., 11. Febr. In der am Freitag fortgeführten Verhandlung wurden u. a. die Vorsetzer mehrerer Auswandererstationen benannt, die über den Geschäftsvertrieb in dem Auswandererwesen, sowie die Glaubwürdigkeit und den Verfall des Reuigen Goldberg ausgingen. Goldberg hat sich am Montag entfremdet und ist wie er anderen Reuigen nach seiner Heimat Bialystok abgereist, weil er befürchtete, er könnte hier auch noch angeklagt werden. Jene Baron von Kasperling, Vorsetzer einer Auswandererstation in Posen (Pösterich) behauptete, mit Goldberg in Geschäftsverbindung gestanden zu haben, der ihm vor drei Jahren kurze Zeit und jetzt erst etwa vier Monaten Auswanderer zuführte. In dem Geschäftsvertrieb mit Goldberg seien Unregelmäßigkeiten nicht vorgekommen. Auf der Station Pösterich habe im Jahre 1913 die Zahl der Auswanderer nach Nordamerika etwa 28 000, nach Argentinien etwa 200 betragen. Daß Mädchen mit jungen Männern nach Argentinien gingen, sei nicht vorgekommen. Daß der Auswanderervertrieb nach Myslowitz nach Argentinien leichter als von anderen Stationen sei, und daß dort Mädchenhändler geübt werde, sei ihm erzählt worden, er habe es aber nicht geglaubt. Die Frage, warum in Myslowitz der Auswanderervertrieb so erheblich stärker sei (240 000), als auf anderen Stationen, erklärte er damit, daß Myslowitz den Verkehr von Ostpreußen und Russland aufnehmen, während andere Stationen nur für eines dieser Länder bestimmt seien. Die Ursache, warum der Auswanderervertrieb im allgemeinen im Jahre 1913 einen so großen Aufschwung genommen habe, führte der Zeuge auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Amerika zurück.

Junge Roznanski, Vorsetzer der Auswandererstation in Ilowo, hat für die Hamburg-Amerika-Linie und den Norddeutschen Lloyd in der vor zwei Jahren liegenden Zeit jährlich 27 000 bis 30 000, während der letzten beiden Jahre jährlich 45 000 bis 57 000 Auswanderer aus Russland nach Amerika befördert. Die Zahl der Auswanderer nach Argentinien habe nur wenige Hundert betragen. Während der letzten drei Jahre habe auch deren Zahl zugenommen. Jene Guehr, Vorsetzer der Auswandererstation Ostrowo, gibt die Zahl der Auswanderer auf dieser Station auf jährlich 15 000 bis 18 000 an. Somit ergab die Verhandlung nichts Besonderes und wurde auf Sonnabend vertagt.

Brieg, 10. Februar. Die Gewerbegerichtsbe-sitzer hielten am Sonntag ihre erste diesjährige Sitzung ab. Der Obmann erstattete den Bericht von den Verhandlungen des Gewerbegerichts, das in zwölf Terminen vierzehn Fälle verhandelte. Genosse Busch, der dreißig Jahre ununterbrochen Vorsitzender des hiesigen Gewerbegerichts war und während dieser Zeit seine ganze Kraft in den Dienst der guten Sache stellte, mußte wegen Krankheit seinen Posten als Vorsitzender niederlegen.

Coel, 10. Februar. Vom Spiel in den Tod. Von einem schnellen Tode wurde der 19jährige Schulknabe Karl Furgg in Zywodzuj ereilt. Er spielte mit anderen Knaben im elterlichen Hause und stürzte die Treppe hinab. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf verstarb.

Sauer, 10. Februar. Bahiverein. Donnerstag, den 19. Februar, findet im „Grünen Acker“ eine Mitgliederversammlung des Bahivereins statt. Genosse Vrohl hält einen Vortrag; auch soll Stellung genommen werden zur roten Woche. Die für Dienstag, den 17., angelegte Veranstaltung fällt aus. Die Frauenversammlung für Donnerstag ist also eine allgemeine Mitgliederversammlung. Die Genossinnen und Genossen werden erwartet, zahlreich zu erscheinen. Heute Montag Volksunterhaltungsabend der Erzgebirgs-Gesellschaft.

Gewerkschaftliches.

10 Prozent der Metallarbeiter arbeitslos.

Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes erstattete den Bericht über die Arbeitslosigkeit im 1. Quartal 1913. Die Gesamtzusammensetzung über die Entwicklung der Stärke des Verbandes mit Einschluß der Einzelmitglieder ergibt sich in 457 Verwaltungsstellen als vorläufiges Ergebnis 517.541 männliche und 27.749 weibliche Mitglieder, zusammen 545.290 Personen. Im Vergleich mit den Zahlen des 3. Quartals 1912 ist das eine Abnahme im 4. Quartal von 13.403 und gegenüber den Zahlen vom Schluß des Jahres 1912 von 16.695 Mitgliedern, worunter 116 weibliche. Besonders die großen Verwaltungsstellen hatten im Berichtsquartal einen erheblichen Mitgliederverlust. An erster Stelle steht Hamburg mit einer Abnahme von 3295, dann folgen im weiteren Abstand Stuttgart mit 677, sowie Dresden mit 604, Nürnberg mit 589, Stuttgart mit 515, Düsseldorf mit 492, Magdeburg mit 430, Köln mit 526, Chemnitz mit 347 und Leipzig mit 278 Mitgliedern. Die Hauptursache des außergewöhnlich hohen Mitgliederrückganges in Hamburg, meint die Metallarbeiter-Zeitung, ist in der Werftarbeiterbewegung zu suchen, während im allgemeinen die Mitgliederabnahme auf die mit aller Schärfe aufgetretene Wirtschaftskrise gefest werden muß.

In dieser Mitgliedschaft wurden im Laufe des 1. Quartals 1913 55.290 Fälle von Arbeitslosigkeit festgestellt. Die Zahl der Arbeitslosenfälle ist gegenüber dem 4. Quartal 1912 um fast 23.000, gegenüber dem vorhergehenden Quartal des Jahres 1913 auch noch um 9000 gestiegen. Die Prozentzahl der Arbeitslosen betrug Ende 1912 5,8, am 1. Oktober 1913 8,3 und am Jahresschlusse 1913 10,1. Admireal Sachsen hält sich gerade auf dem Niveau dieses Durchschnitts, während Berlin eine außerordentlich starke Arbeitslosigkeit, Weiskalen nur eine sehr geringe hat.

Im 4. Quartal 1912 wurde über eine Million unfreiwilliger Fekertage gezahlt. Die Summe der gezahlten Entschädigungen ist auch ganz ungeheuer angestiegen. Im 4. Quartal 1912 zahlte der Metallarbeiter-Verband 447.509 Mark, im 4. Quartal des vorigen Jahres 1.188.766 Mark. Erwerblosen-Unterstützung. Die für Arbeits-

los als im Jahre der alten Konjunktur 1911. Rechnet man die Arbeitsunterstützung hinzu, so hat der Metallarbeiter-Verband für Arbeitslose in einem Vierteljahr 1 1/2 Millionen Mark in Unterstützungen ausgezahlt.

Diese Zahlen beweisen den ungeheuren Umfang, den die Arbeitslosigkeit angenommen hat, die wahrhaft verheerenden Wirkungen der Krise. Man mag nicht ausgeben, wie schrecklich das Elend der Arbeiterklasse wäre, wenn sie nicht in den Gewerkschaften sich einen starken Helfer für alle Nöte des Lebens geschaffen hätte. Freilich reicht auch die Hilfe der Gewerkschaften noch nicht aus, um auch nur die schlimmste Not abzuwenden. Es muß deshalb mit allem Nachdruck immer wieder die Forderung nach einer ausreichenden öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenunterstützung erhoben werden.

Stadt und Provinz.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Ordnungsverwaltung Breslau.

In der am Sonntag im Gewerkschaftshause abgehaltenen Mitgliederversammlung erstattete der Bevollmächtigte Kuerbach den Geschäftsbericht für das Jahr 1912. Nicht noch im letzten Jahre herrschte eine so große Arbeitslosigkeit im Brauergewerbe wie im abgelaufenen Geschäftsjahre. Wie aus den Jahresberichten der Brauereine, Mälzereien und Mühlen zu ersehen ist, war der Umsatz ein größerer; Dividenden und Uebereschüsse sind gestiegen. Und doch wurden vielfach Entlassungen vorgenommen. Trotz Mehrumsatz immer weniger Arbeitskräfte. Ueberall macht sich das Bestreben geltend, über Gebühr an Arbeitskräften zu sparen.

Noch kein Jahr brachte so viele Lohnbewegungen als gerade das Jahr 1913. Ein Kampf besteht gegenwärtig noch und zwar gegen den Bierverleger Hüner. Er wird unter allen Umständen durchgeführt werden, wenn Herr Hüner es nicht vorzieht, sich mit der Organisation zu einigen.

Bei der großen Arbeitslosigkeit hat sich der Nutzen der Organisation durch seine Unterstützungsleistung so recht gezeigt. Durch die Tarifverträge sind für die Kollegen und Kolleginnen wesentliche Vorteile erreicht worden. Natürlich sind die Verbesserungen durch die Teuerung aller Lebensmittel wieder zumichts gemacht.

Ueber die Arbeitslosigkeit im Breslauer Brauergewerbe liegen folgende Zahlen vor. Arbeitslosenfälle 718 männliche und 92 weibliche Mitglieder. Arbeitslose Tage waren für männliche 9835, für weibliche Mitglieder 1808 zusammen waren die Arbeitslosen 11443 (!) Tage beschäftigungslos. Und das in einem Gewerbe, das immer noch gute Geschäfte macht. Durch die Arbeitsvermittlung des Verbandes konnten für fast 250 und zur Ausschilfe 125 Personen untergebracht werden. Es ist charakteristisch, daß bei herrschender Arbeitslosigkeit überaus viel Ueberstunden gemacht werden.

Kollege Tich gab den Kassenbericht. Einnahme und Ausgabe des Hauptvorstandes belaufen sich auf 38 487 Mk. Die Lokalasse hatte Ende 1913 einen Bestand von 2136 Mk. Hierzu kommt aus Barmagen von 8601 Mk., zusammen 10 737 Mk. Die Zahlstelle Breslau des Deutschen Brauerei- und Mühlenarbeiter-Verbandes zählte am Schluß 1913 1514 männliche und 119 weibliche Mitglieder. Dem Kassierer und der Verwaltung wurde Entlastung erteilt. — Es wurden gewählt: als erster Vorsitzender Kuerbach, als zweiter Vorsitzender Geisrich und als Kassierer Tich. Kuerbach forderte die Anwesenden zur regen Mitarbeit auf.

Deutsches Reich und Ausland.

Der Bund der Deutschen Telegraphenarbeiter — Vorarbeiter und Handwerker — hielt am Sonnabend in Berlin einen außerordentlichen Bundeskongress ab, der sich in erster Linie mit der Frage der Ausgestaltung der Arbeiter- und Handwerkerausschüsse beschäftigte. Der Bundessekretär Salentin-Berlin begründete eine Resolution, in der u. a. gefordert wird; 1. Eine Verabreichung der Altersgrenze für das aktive und passive Wahlrecht zu den Arbeiterausschüssen auf das vollendete 21. Lebensjahr; 2. eine Verkürzung der Beschäftigungsdauer an einer Dienststelle, von der das passive Wahlrecht abhängig ist; 3. eine Aufhebung des Verbots der Verbindung zwischen den Ausschüssen behufs gemeinsamer Stellung von Anträgen; 4. Die Einkommens der Besoldungen an die Ausschüsse, alle dienstlichen Vorkommnisse zu erhöhen; 5. Anhörung der Ausschüsse vor Erlass oder Aenderung der Arbeitsordnung, der Wohnbedingungen und der allgemeinen Bestimmungen über Urlaub, Unfallverütung, Strafverfügungen jeder Art u. a. m., sowie im Fall der Kündigung von Arbeitern oder Handwerkern wegen Krankheit oder Unfall; 6. eine Verstärkung des Schutzes der Ausschussmitglieder gegen unangenehme Entlassungen; 7. die Verzeichnung sämtlicher Ausschüsse eines Oberpositionaldirektionsbezirks zu einem Ausschuss; 8. die Schaffung eines Reichsarbeiterausschusses, der aus Vertretern der Telegraphenarbeiter und Handwerker sämtlicher 41 Oberpositionalstellen und Reichsapparaturstellen besteht und alljährlich unmittelbar mit dem Staatssekretär des Reichspostamts oder mit seinen Beauftragten in Verkehr tritt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Weiter wurde nach einem Referat von Kofe-Leipzig einstimmig eine Resolution angenommen, die eine Reform der Betriebskassenstellen verlangt. Eine Kommission erhielt vom Bundeskongress den Auftrag, diese Wünsche sofort in einer Audienz dem Staatssekretär Kracke zu unterbreiten. Am Sonntag veranfaßte der Bund eine öffentliche Kundgebung für seine Forderungen.

Der § 153 der Gewerbeordnung gegen Arbeiter. Das Premer Schöffengericht verurteilte am Donnerstag einen Maurer zu zehn Tagen Gefängnis, weil er einen anderen Arbeiter durch Berufserklärung zu bestimmen versucht haben soll, aus dem polnischen Berufsverband auszutreten und in den deutschen oder christlichen Bauarbeiter-Verband einzutreten. Die Berufserklärung wurde darin erblickt, daß der Angeklagte als Baudelegierter auf Veranlassung seiner Kollegen beim Voller des Baues vorstellig wurde und verlangte, der betreffende polnisch organisierte Arbeiter möge auf einem anderen Bau beschäftigt werden; er sei ihnen unsympathisch. Der Angeklagte und seine Kollegen ließen sich bei ihrem Vorgehen davon leiten, daß der Bauarbeitertarif von dem polnischen Berufsverband nicht mit abgeschlossen worden ist. — Der Staatsanwalt hat einen Monat Gefängnis beantragt.

Waffenversammlungen von Arbeitslosen. In Semberg fanden gestern zwei Versammlungen von Arbeitslosen statt, in denen auch mehrere Abgeordnete sprachen. Nach Schluß der Versammlungen zog ein Teil der Teilnehmer vor das mit zwei Infanterie-Kompagnien besetzte Statthaltergebäude, um dort zu demonstrieren, doch wurden sie von der Polizei abgedrängt, die von der blanken Waffe Gebrauch machte. Einige der Demonstranten erlitten leichte Verletzungen.

Der Streit in der spanischen Handelsmarine ist überraschend schnell beigelegt worden, da beide Parteien sich dem Schiedsspruch der Handelskammer in Bilbao unterworfen haben. Die Meeder haben darauf die Forderungen bewilligt und die Dampfer, die seit einigen Tagen im Hafen von Bilbao festliegen, werden am Dienstag die Ausreise antreten.

Greife im österreichischen Bundeskongress. Die in das Parlament einberufene große Tarifkommission der österreichischen Bundeskongress hat ihre Beratungen, an denen in Vertretung des deutschen Tarifamtes der Gewerkschafts-Schlichter teilnahm, beendet. Zahlreiche Fragen, über die eine Einigung zwischen den Parteien nicht erzielt werden konnte, wurden vom Schlichter Sektionschef Matz, dem sich der Vorstand der deutschen Tarifgemeinschaft Geh. Kommerzienrat Bärenstein zur Verfügung stellte, teils durch Vergleich, teils durch Schiedsspruch erledigt. Damit ist der Tarifkonflikt des Bundeskongresses vollständig beigelegt, die Arbeitserfassung der Arbeit wird vom 16. Februar ab

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12-1 Uhr mittags...
Freiburger. Wie müssen uns einwirken mit den 'Partei-...
J. A., 100. Ohne Angaben von weiteren Belegen kann Ihr...
Möbius. Es kommt alles auf die Sitzungen des Bundes...
L. N. 05. Die vierteljährliche Steuer für die Zeit vom...
J. L. Die allgemeine Aufforderung des Rechtsanwalts an...
Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with 2 columns: Item (e.g., Weizen, Roggen, Hafer) and Price (e.g., 17,00, 14,70, 14,40).

Bersammlungen und Vereine.

Montag, den 16. Februar:
Frauenabend. Abends 8 Uhr in folgenden Lokalen:
Wildes, Gröbnerstraße 74, Gewerkschaftshaus, Zimmer 10,
König, Ventzenstraße 12/14, Deutsch, Dubenstraße 50,
Sering, Delnickstraße 5, Mikulle, Pöpelwitzstraße 28.
Dienstag, den 17. Februar:
Eisenarbeiter. Abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Jauer. Strelewig-Abend. Montag 8 Uhr im 'Grünen Adler'.

Am 13. d. Ms. verstarb die Frau unseres Verbandskollegen
Adolf Schroll, Frau
Agnes Schroll geb. Münzberg
im Alter von 71 Jahren 8 Monaten.
Ein ehrenvolles Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Verwaltung Breslau).

Wir empfehlen:
Die Französische Revolution in Wort u. Bild.
Interessanter Text - 250 meist ganzseitige Abbildungen
nur 2,00 Mark.
Zu beziehen durch die Expedition und die Kolporteur.

Bersammlungen u. Vereine
Deutscher Holzarbeiter-Verband
Mittwoch, den 18. März, abends 8 Uhr
im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses
Bersammlung
der Vertrauensleute und aller Funktionäre.

- 1. Einführung einer städtischen Arbeitlosenfürsorge in Breslau und die Gewerkschaften.
2. Die bevorstehende Vertretterwahl der Ortskrankenkasse der Tischler.
3. Die Inspektion der Linke-Hoffmann-Werke.
4. Anträge zum Gantag.

Ohlau.
Gewerkschaftsartell!
Mittwoch, den 18. Febr., abends 8 Uhr
bei Frau Jekeli:
Sitzung.
Die Gewerkschaftsvorstände sind hierzu eingeladen.
Der Vorstand.
Jauer.
Sozialdem. Wahlverein.
Donnerstag, den 19. abends 8 Uhr:
Bersammlung im 'Adler'.
Bertrag des Gen. Prokl. [14008]. In freien Stunden Dettl 10 Wf.

Aus der Geschäftswelt.
Die Firma S. Guttentag in Breslau, Altkönigsstraße 5, Ecke Ohlaustraße (1. bis 3. Etage), das bestens bekannte Modehaus für Herren- und Knabenbekleidung, veranstaltet gegenwärtig drei billige Verkaufstage. Sie gewährt auf ihre bestaunlich billigen Preise bis zu 50 Prozent Ermäßigung. Da diese günstige Kaufgelegenheit bereits Mittwoch abends ihr Ende erreicht, empfiehlt es sich, hiervon rechtzeitigen Gebrauch zu machen.

Er erscheint dreimal wöchentlich. Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis. Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Large directory listing various businesses across different provinces including Briesg, Glogau, Ohlau, Gorkau, Gutsdorf, Jauer, Märzdorf-Steindorf, Peisterwitz, Qualkau, Rotsürben, Saarau, Neumarkt, Bünzlau, Stoberau, Kolonialwaren, Klettdorf-Hartlieb, Rosenthal-Cariowitz, Schottwitz-Friedewalde, Gross-Tschansch, Klein-Tschansch, Wolschwitz, and others. Each entry lists the business name, address, and contact information.

Deutscher Reichstag.

214. Sitzung, Sonnabend, den 14. Februar, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung des

Etat des Reichsamts des Innern

wird fortgesetzt mit der Abstimmung über das Kapitel „Aufsichtsamt für Privatversicherung.“

Das Kapitel wird bewilligt, die beiden Resolutionen auf Stellung der öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen unter das Aufsichtsamt bezw. Befolgung der vom Aufsichtsrat aufgestellten Grundsätze, werden angenommen.

Es folgen die einmaligen Ausgaben.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.) begrüßt mit Freude den Vorschlag zur Förderung einer internationalen Bibliographie für Sozialwissenschaften.

Weim Titel „Förderung“ der

Bekämpfung des Typhus 150 000 Mark

Ein Abgeordneter König (Soz.) die Aufmerksamkeit auf die Typhusepidemie in Ruhrgebiet. Die sanitären Einrichtungen sind dort sehr mangelhaft, die Wohnverhältnisse sehr schlecht, die Ernährung minderwertig, sodass alle Wasserleichen stets einen guten Resonanzboden finden.

Ministerialdirektor v. Fouquieres: Die Typhusbekämpfung ist Landesache, das Reich kann nur einen mäßigen Zuschuß dazu leisten.

Beim Titel „Beitrag zur Herausgabe des Deutschen Handwerksblattes“

10 000 M. bemerkt

Abg. Brühne (Soz.): Wir Sozialdemokraten wollen keineswegs das Handwerk ruinieren, wie so oft behauptet wird; kennen viele von uns doch aus eigener Erfahrung die schwierige Lage der Handwerker ganz genau.

Der Titel wird bewilligt.

Als Beitrag für den Verband der gemeinnützigen Rechts- auskunftsstellen werden 6000 Mark verlangt.

Abg. Schiffer (Natl.) wünscht Erhöhung des Titels im nächsten Etat.

Beheimatet Rat Lewald gibt eine entgegenkommende Erklärung ab.

Als Beitrag des Reichs zu den Kosten der olympischen Spiele

in Berlin 1916 werden als erste Rate 40 000 Mark verlangt.

Die Kommission beantragt Streichung dieses Titels. Abg. Nülle: (Soz.): Wenn es sich bei Unterstützung der Olympischen Spiele darum handelt würde, turnerische und sportliche Vorleistungen zu fördern, also Aufwendungen zum Zwecke der Körperkultur und der Gesundheitspflege der Jugend des Volkes zu machen, würden wir Sozialdemokraten ohne weiteres für die Bewilligung, ja für eine Erhöhung dieser Summe zu haben sein.

mit vielen Tausenden von Mitgliedern ist, sowie eine Unmenge von Arbeiter- und Sportvereinen, davon hat die Regierung gar keine Notiz genommen.

den Sport in beforschter und vollständiger Art betreiben.

Wenn also die Gelder bestimmt sein sollen für die körperliche Erziehung der Jugend, dann müssten die Arbeiter- Turn- und Sportvereine in erster Linie bei der Verwendung dieser Summe in Betracht kommen.

von Polizei und Verboten in jähmender Weise verweigert

und in ihrer Wirksamkeit gehemmt werden, indem man sie als politische Vereine erklärt. Für diese Behauptung hat man bisher nicht die Spur eines Beweises erbringen können.

nicht für politisch erklärt. Ein betrüblicher Turnverein wurde nicht für politisch erklärt, obwohl der Vorsitzende erklärte, die jungen Soldaten sollten sich bemühen, dass sie dem Kaiser Treue schwören, nicht nur im Kampf gegen den äußeren Feind, sondern auch gegen den inneren. (Hört, hört! bei den Soz.)

Eine besonders raffinierte Methode.

besteht darin, daß man den Arbeiter-Turnvereinen die Lokale, städtische Turnhallen usw. abreibt und sie dann für politisch erklärt, wenn sie ihre Zusucht in Lokalen suchen, wo sozialdemokratische und gewerkschaftliche Versammlungen stattfinden.

Abg. Löwe (Natl.): Bei den olympischen Spielen haben wir eine Ehrenpflicht gegenüber dem Auslande zu erfüllen.

Abg. v. Marlow (Kons.): Die Vorbereitung der Spiele kostet nur eine Kleinigkeit und es würde weder im Auslande noch im Inlande verstanden werden, wenn wir diese geringe Summe nicht bewilligten.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Volksp.): Der Präsident des Olympia-Ausschusses, Herr v. Roddehoff, hat sich gestern sehr geschmacklos über den Reichstag ausgesprochen.

Abg. Hanf (Däne): Ich bin ein Freund des Turnens und der gesunden körperlichen Übung. Aber um Protest zu erheben gegen die Verfolgung der Turn- und Sportvereine in Nord-Schleswig stimme ich gegen die geforderte Summe.

Ernst Haeckel.

1834. — 16. Februar. — 1914.

Wie seinem Kampfesgenossen August Weismann, hat er ein großes Geschick auch Ernst Haeckel vergrüßt, das 80. Lebensjahr in voller geistiger und körperlicher Frische vollenden zu dürfen.

Seiner nimmererlassenden Tätigkeit vor allem ist der endliche Sieg der Darwinischen Deszendenztheorien zuzuschreiben. Unbekümmert um den Hohn und Spott dogmenbefangener Theologen und gefühnagelichter Sachkollegen, hat er sich für ihre Förderung und Vertiefung und Verbreitung über die ganze Welt eingesetzt.

Man hat Ernst Haeckels Schaffen oft mit dem Goethes verglichen. In der Tat sind beide wesensverwandter Natur. Beide begünstigten sich in ihrem naturwissenschaftlichen Wirken nicht mit der Betrachtung und Aufzählung von Einzelphänomenen, vielmehr suchten sie in allem nach der großen Linie, nach dem goldenen Band, das eins an das andere knüpft und nichts im riesigen Haushalt der Natur als Selbstzweck oder ohne höhere Bedeutung und Funktion bestehen läßt.

Wie Goethe ist auch Haeckel Künstler. In seinem wunderbaren Worte „Pflanzenformen der Natur“ hat er gezeigt, wie die Natur nicht allein zweckgemäß, sondern auch künstlerisch formt und modelliert.

Formen und Bildungen, die er höchstem menschlichen Intellekt abgemessen glaubte, schon in der Lebewelt der niedrigen Organismen ihre Vorlagen haben.

Aber nicht nur als Wissenschaftler und Künstler betätigte sich Haeckel. In der natürlichen Konsequenz seines Weltansichtes, die sich im Einzelnen in allem drängte, entwickelte er sich aus den Ergebnissen seiner wissenschaftlichen Lehren eine Weltanschauung, die Philosophie des Monismus.

Ernst Haeckel wurde am 16. Februar 1834 in Potsdam bei Berlin als Sohn eines Oberregimentsrates geboren. Seine Mutter bereitete ihn durch fröhlichen Elementarunterricht auf den Besuch des Bürgerstufes und des Gymnasiums vor.

Gaeckels Hauptforschungen erstreckten sich auf das Gebiet der niederen Tierwelt, vor allem auf ihre einfacheren Formen in den tierischen Tieren. Hier beginnt das Leben in den unvollkommensten Organismenformen.

Deszendenztheorie durch viele neue Tatsachen und Belege unterstützt.

Viel angefochten wurde — wenn sie auch bis heute noch unüberdacht blieb und daher abermals eine grandiose Bestätigung der Deszendenztheorie Darwins bildet — seine Gastrolatheorie, ein Entwicklungsgebot für das gesamte Tierreich.

In zahlreichen wissenschaftlichen Werken von tiefster Bedeutung, die wir hier natürlich nicht alle aufzählen wollen, hat Haeckel die Ergebnisse seines ernigen und fruchtbaren Forscherfleißes niedergelegt.

Hg. Heine (So.): Es tut uns leid, daß wir gegen etwas Stellung nehmen müssen...

vom ganzen Volke getrieben werden, ohne daß man danach fragt, ist er schwarz oder rot...

das ist die internationale Courtoisie im deutschen Reich. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir möchten die fremden Völker gern gastlich empfangen...

Die Debatte schließt. Die Abstimmung wird ausgesetzt. Der außerordentliche Etat und die Einnahmen werden genehmigt.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung des Etats auf Montag 2 Uhr.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

27. Sitzung. Sonnabend, den 14. Februar 1914, vorm. 11 Uhr. Am Ministertisch: v. Dallwitz.

Die zweite Beratung über den Etat des Ministeriums des Innern wird bei dem Titel „Schalt des Ministers“ fortgesetzt.

Table with 2 columns of numbers, likely lottery results for the Prussian-South German Class Lottery.

Hg. Schenk zu Schweinsberg (Kon.): Wir werden dem Antrag Schmedding zustimmen. Die Kostenfrage ist für uns nicht ausschlaggebend...

Hg. Dr. Schröder-Cassel (Nat.): Ich kann mich dem Vordruck in allgemeinen nur anschließen.

Hg. Graf Dabblin (Kon.): Ich kann mich dem, was die Hg. Johannis und Schifferer gesagt haben, nur anschließen.

Hg. Dr. Viehnecht (Soz.): Durch Gesetzeskräfte sind schon schwere Unglücksfälle hervorgerufen worden...

Hg. Bierck (Nat.): Auch wir stimmen dem Antrag Schmedding zu. Es handelt sich hier um eine Sache der Sicherheitspolizei im Ort...

Hg. Johannis (Nat.): In der dänischen Agitation ist noch immer eine Zunahme zu bemerken. Die Haltung der Regierung zeigt vielfach ein Schwanken.

Hg. Nissen (Dane): Das Verbot gegen Annahmen mußte eine andere Multination (schwer) verletzen.

Hg. Schifferer (Nat.): Der Ausgleich zwischen deutscher und dänischer Bevölkerung erscheint in immer weitere Ferne gerückt.

Hg. Schifferer (Nat.): Der Ausgleich zwischen deutscher und dänischer Bevölkerung erscheint in immer weitere Ferne gerückt.

4. Preussisch-Süddeutsche (250. Königl. Preuß.) Klassenlotterie

2. Klasse 2. Ziehungstag 14. Februar 1914 Nachmittags. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen...

Table with 2 columns of numbers, likely lottery results for the Prussian-South German Class Lottery (continued).

Minister des Innern v. Dabblin: Die Behauptung des Vorberordneten Schifferer, daß einzige Schwänze in der Politik der Regierung sei der Wechsel...

Minister des Innern v. Dabblin (Kon.): Ich kann mich dem, was die Hg. Johannis und Schifferer gesagt haben, nur anschließen.

Minister des Innern v. Dabblin (Kon.): Ich kann mich dem, was die Hg. Johannis und Schifferer gesagt haben, nur anschließen.

Minister des Innern v. Dabblin (Kon.): Ich kann mich dem, was die Hg. Johannis und Schifferer gesagt haben, nur anschließen.

Minister des Innern v. Dabblin (Kon.): Ich kann mich dem, was die Hg. Johannis und Schifferer gesagt haben, nur anschließen.

Minister des Innern v. Dabblin (Kon.): Ich kann mich dem, was die Hg. Johannis und Schifferer gesagt haben, nur anschließen.

Minister des Innern v. Dabblin (Kon.): Ich kann mich dem, was die Hg. Johannis und Schifferer gesagt haben, nur anschließen.

Minister des Innern v. Dabblin (Kon.): Ich kann mich dem, was die Hg. Johannis und Schifferer gesagt haben, nur anschließen.

Minister des Innern v. Dabblin (Kon.): Ich kann mich dem, was die Hg. Johannis und Schifferer gesagt haben, nur anschließen.

4. Preussisch-Süddeutsche (250. Königl. Preuß.) Klassenlotterie

2. Klasse 2. Ziehungstag 14. Februar 1914 Nachmittags. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen...

Table with 2 columns of numbers, likely lottery results for the Prussian-South German Class Lottery (continued).

Die Ziehung der 1. Klasse des 250. Königl. Preuss. Klassenlotterien am 20. Feb. 1914.